

03.05



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Nachhaltigkeit: Den meisten kein Begriff
Naturschutz und Klettersport: Annäherung
Grundwasser: Warnung vor Verschlechterung
Forstreform in Bayern: Ringen geht weiter**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 11 (2005), Heft 03

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Deborah Bernsdorf (db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Kioto-Protokoll in Kraft: Wir müssen viel mehr tun

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr als sieben Jahre hat es gedauert, bis das Klimaprotokoll in Kraft trat, das auf der 3. UN-Klimakonferenz im Dezember 1997 in Kioto beschlossen wurde. In diesen sieben Jahren hat sich die klimapolitische Großwetterlage in vielerlei Hinsicht verändert.

Die EU war mit der Verhandlungsposition nach Kioto gekommen, alle Industrieländer sollten sich verpflichten, 7,5 % der Treibhausgasemissionen bis 2005 und 15 % bis 2010 zu reduzieren. Die 15-%-Reduktion, so die EU-Kommission 1997, sei zwar ein anspruchsvolles Ziel, aber klimapolitisch notwendig und auch wirtschaftlich erreichbar.

Die deutsche Umweltministerin Angela Merkel erklärte dazu in ihrer Rede in Kioto: "Ich bin überzeugt, dass die von uns vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen weitaus weniger Auswirkungen auf unser Leben haben werden als diejenigen Maßnahmen, zu denen wir als Ergebnis des Klimawandels gezwungen würden, im Gegenteil: Sie sind ein Innovationsanreiz und schaffen neue Arbeitsplätze."

Wir wissen, was am Ende in Kioto herauskam: Ein Protokoll mit durchschnittlich 5 % Reduktionsverpflichtungen voller Schlupflöcher. Vom ursprünglichen EU-Verhandlungsziel ist das etwa so weit entfernt wie Bonn von Kioto. Erinnern wir uns, wie die Umweltorganisationen am 11. Dezember 1997 das gerade beschlossene Kioto-Protokoll kommentierten. Greenpeace nannte das Protokoll eine "Tragödie und eine Farce". Es werde "absolut nichts dazu beitragen, den Klimawandel zu stoppen". Der WWF nannte es ein "missratenes Abkommen, mit dem die Regierungen die Welt zu einer Zukunft von Überflutungen, Trockenheiten und ansteigendem Meeresspiegel verurteilt haben".

Warum feiern wir dann heute eigentlich das Inkrafttreten dieses Protokolls? Warum haben die Umweltverbände weltweit sieben Jahre lang alles darangesetzt, dass es gegen alle Widerstände in Kraft tritt? Weil wir keine realistische Alternative dazu haben. Kioto ist der Einstieg in eine internationale, rechtsverbindliche Emissionsbegrenzung. Angesichts der enormen Widerstände dagegen ist das ein großer Er-

folg. Ohne den weltweiten Rahmen des Kioto-Protokolls hätte es die fossile Lobby in vielen Teilen der Welt längst geschafft, alle Ansätze von seriöser Klimapolitik wieder politisch zu stoppen.

Kein Land der Welt kann heute von sich behaupten, dass es im Jahr 2012, wenn die erste Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls ausläuft, seine Reduktionsziele mit den bisher beschlossenen Maßnahmen erreichen wird. Auch Deutschland nicht. Von dem "nachweisbaren Fortschritt bis zum Jahr 2005", den das Kioto-Protokoll von den Industrieländern verlangt, sind die meisten weit entfernt. Stattdessen werden weltweit jährlich 200 Milliarden Euro für die Subventionierung fossiler Brennstoffe ausgegeben. Deutschland hat seine Emissionen gegenüber 1990 um 19 % reduziert, die der EU sind mehr oder weniger gleichgeblieben. Es muss also mehr getan werden. Aber überall, auch im Klimavorreiterland Deutschland, muss die kleinste klimapolitische Maßnahme gegen erbitterten Widerstand der Kohlelobby, der Erdöllobby, der Autolobby, der Flugverkehrslobby durchgesetzt werden. Kein Argument ist zu plump, wenn es darum geht, das Business as usual noch ein paar Jahre zu retten. Das geradezu abstoßende Geschacher um den Emissionshandel in Deutschland hat uns erst vor Jahresfrist gezeigt, wozu diese Leute in der Lage sind.

Diese fossilen Lobbys haben dafür gesorgt, dass Deutschland in diesem Jahr sein Reduktionsziel von 25 % verfehlen wird, das Bundeskanzler Kohl 1992 in Rio verkündet hat. Die Regierung Schröder hatte dieses Ziel in ihren Koalitionsvereinbarungen 1998 und 2002 sowie im Nationalen Klimaschutzprogramm 2000 noch einmal bekräftigt. Auch das Erreichen des Kioto-Ziels von minus 21 % bis 2012 ist keineswegs gesichert, und ob die EU insgesamt ihr Kioto-Ziel schaffen wird, ist derzeit mehr als fraglich. Zu groß ist nach wie vor die Kluft zwischen Worten und Taten. Wer eine Politik betreibt, die auf den Neubau von Kohlekraftwerken, auf das weitere Wachstum von Flugverkehr und Straßenverkehr setzt und dieses auch noch subventioniert, der treibt den gefährlichen Klimawandel voran. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts müssen wir die Nutzung der fossilen Energieträger weitgehend einstellen. Wir können nicht weitermachen, bis alles verbrannt ist.

Überall auf der Welt gibt es inzwischen Beispiele, wie man mit aktiver Klimaschutzpolitik nicht nur unsere Lebensgrundlagen schützt, sondern auch die eigene Lebensqualität verbessert. Die Schweiz hat das beste Bahnsystem der Welt, weil sie anders als wir klare Prioritäten zugunsten der Schiene setzt und den Autoverkehr nicht weiter wachsen lassen will. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland hat in wenigen Jahren dreimal so viele Arbeitsplätze geschaffen wie die jahrzehntelangen Milliardensubventionen für die Kohle. Immer mehr Entwicklungsländer erkennen, dass Entwicklung nur noch denkbar ist, wenn sie sich von der kaum noch bezahlbaren Ölrechnung unabhängig machen und auf heimische, erneuerbare Energieträger setzen.

Vor der Kioto-Konferenz 1997 hatte die SPD-Bundestagsfraktion ein Schwarzbuch mit dem Titel "Das Versagen der Bundesregierung beim Klimaschutz" veröffentlicht. Auch heute ist das eine sehr lesenswerte Lektüre mit vielen sinnvollen Vorschlägen von Kerosinsteuern bis zum Tempolimit auf Autobahnen. Vieles ist bis heute nicht umgesetzt. Warum, steht auch in diesem Schwarzbuch: "Dabei fehlt es nicht an Konzepten, sondern in erster Linie an dem politischen Willen, das Notwendige auch zu tun." Das ist heute nicht anders als damals. In Kioto beschwor die damalige EU-Umweltkommissarin Ritt Bjerregaard die Delegierten: "Wir stehen in einem Wettlauf mit der Zeit".

Diesen Wettlauf mit der Zeit werden wir verlieren, wenn der politische Wille, das Notwendige auch zu tun, nicht in sehr kurzer Zeit spürbar stärker wird. In immer kürzeren Abständen warnen die Klimaforscher vor den Folgen des Nichtstuns. Das Kioto-Protokoll zeigt, dass Klimaschutzpolitik mehrheitsfähig ist. Aber diese Mehrheit muss mehr tun. Sie muss die Kioto-Ziele erreichen, das wird schwer genug, aber es reicht bei weitem nicht aus. Viel Zeit haben wir nicht mehr, einen Temperaturanstieg um zwei Grad und damit einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden.

Mehr zum Klimaschutz finden Sie in diesem Heft ab Seite 9 und auf Seite 20. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Jürgen Maier
Deutscher Naturschutzring (DNR)
Forum Umwelt & Entwicklung

2 Impressum

3 Editorial

- Kioto-Protokoll in Kraft:
Wir müssen viel mehr tun

5 Abfall, Chemie, Emissionen

- Papier: DNR-Intervention bei T-Mobile
- Elektroschrott-Gesetz beschlossen
- Störfallrecht: Änderung für Seveso II
- Biozid-Meldeverordnung beschlossen

7 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Kein Krebs durch Obst und Gemüse?
- 10 % mehr Bio, aber Preisdruck
- Förderpreis Ökolandbau vergeben
- Gutachten für Verbandsklagerecht
- Umsetzung der EU-Agrarreform
- Kirche, Landwirtschaft und Umwelt
- Integrierte ländliche Entwicklung

9 Energie, Klima

- DNR-Vorschläge zur EnEG-Novelle
- DNR: Windkraft ist sturmsicher
- AKWs: Leistung vor Sicherheit
- Klimaschutz nach 2012
- Studie zum kommunalen Klimaschutz
- Schülerprojekte in Unternehmen
- Energiesparwettbewerb für Schulen
- Praxisleitfaden Photovoltaik
- Einführung Erneuerbare Energien

12 Gentechnik

- Gentechnik-Gesetz: Keine Einigung
- Genmais in EU-Vogelschutzgebiet
- Report: Riskante Gentechnologie

13 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Viel Kritik am Fortschrittsbericht
- Ökomeia-Institut muss schließen
- Umweltinformationsgesetz in Kraft
- Wirtschaft braucht andere Ziele
- Umweltpolitik: Begriffe kaum bekannt

16 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Naturschutz und Klettersport
- Bayerische Forstreform noch 2005
- GEO-Tag der Artenvielfalt
- Bleimunitions-Verbot gefordert
- ZDF-Naturschutzpreis muna 2005
- Überblick: Natur des Jahres 2005
- Naturschutzblätter erscheinen wieder
- Neobiota: BfN-Positionspapier
- Agrarreform für Naturschützer
- Naturschutz gegen Flächenverbrauch

19 Verkehr, Tourismus

- Wettbewerb "best for bike 2005"
- Kompromiss beim Dieselrußfilter
- Grüne wollen vor allem bessere Autos
- Ausbaustopp für Flughafen Hahn
- Flugverkehr gefährdet Klimaschutz

- Prognose: Mehr Wandertourismus
- Sanfte Ferien-Angebote im Internet
- Radurlaub in Deutschland: Website

22 Wasser, Meere

- Konflikt um Hochwasserschutzgesetz
- EU-Grundwasserschutzrichtlinie: Kritik

23 Service

- Ausschreibungen, Termine, Informationsquellen, Umweltsendungen

Sonderbeilage

- Newsletter "Gender Greenstreaming": Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)

DNR-Intervention bei T-Mobile

Entscheidung gegen Einsatz von Recycling-Papier wird überprüft

Seit mehreren Monaten verwendet das Mobilfunkunternehmen T-Mobile für seine Rechnungen kein Recycling-Papier mehr. Stattdessen werden Rechnung und Versandhülle aus holzfreiem, zu 100 % aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestelltem Papier an die Kund/innen geschickt. Damit wird der Umweltschutzbeitrag nur zu einem Minimum erfüllt. Ein Gespräch zwischen DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen und dem Umweltbeauftragten von T-Mobile im Februar hat ergeben, dass das Unternehmen die Entscheidung über die Verwendung von Recycling-Papier überprüfen wird. (db) ■

• Weitere Informationen

DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Neues Elektroschrott-Gesetz verabschiedet

Hersteller müssen Geräte zurücknehmen

Im Januar hat der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, welches das In-Verkehr-Bringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten regelt. Danach werden die Hersteller verpflichtet, ihre Produkte möglichst recyclingfreundlich zu gestalten, Altgeräte zurückzunehmen sowie umweltfreundlich zu verwerten. Handel und Verbraucher können damit ihre alten Elektro- und Elektronikgeräte kostenlos bei kommunalen Sammelstellen abgeben, die ab November zur Verfügung stehen. Ab März 2006 sind die Unternehmen dann verpflichtet, die gesammelten Altgeräte zur Entsorgung zu übernehmen.

Bis Ende 2006 ist die getrennte Sammlung von durchschnittlich vier Kilogramm Altgeräten pro Einwohner und Jahr aus privaten Haushalten möglich. Mit einem Herstellerverzeichnis sollen Daten über Mengen und Kategorien von Geräten vom Verkauf bis zur Entsorgung erhoben werden. Ab Juli 2006 dürfen schließlich in den Handel gebrachte Geräte keine besonders gefährlichen Stoffe wie Blei oder Cadmium mehr enthalten. Die Deutsche Umwelthilfe begrüßte das neue Gesetz. Es sei zu hoffen, dass modellhafte Aktionen wie das Handy-Recycling von T-Mobile und Greener Solutions Nachahmer finden werden. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Bundeskabinett beschließt Änderung des Störfallrechts

Vorsorge vor Industrieunfällen wird weiter verstärkt

Auf Vorschlag von Bundesumweltminister Jürgen Trittin ist die Änderung der Störfallverordnung und des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Ende Januar vom Bundeskabinett beschlossen worden. Nach Zustimmung von Bundesrat und Bundestag kann die europäische Seveso-II-Änderungsrichtlinie damit umgesetzt werden.

Mit der Änderung soll die Vorsorge vor Störfällen in der Industrie verstärkt werden. Zudem sollen mögliche Auswirkungen von Industrieunfällen auf die Umwelt weiter begrenzt werden. Das europäische Störfallrecht gilt somit auch für Bergbautätigkeiten und Abfalldeponien. Des Weiteren sollen die bisherigen Kategorien für Ammoniumnitrat überarbeitet und ergänzt sowie die Mengenschwellen für bestimmte explosionsgefährliche und pyrotechnische Stoffe gesenkt werden. Gleichzeitig werden zur besseren Identifizierbarkeit die Definitionen des Gefahrgut-Transportrechts übernommen.

Schutzobjekte wie wichtige Verkehrswege oder Freizeitgebiete, die einen angemessenen Abstand zu Industriebetrieben brauchen, werden mit Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes berücksichtigt. Zusätzlich sollen die Beratungsgremien Störfallkommission (SFK) und Technischer Ausschuss für Anlagensicherheit (TAA) zu einer Kommission für Anlagensicherheit (KAS) fusionieren. (db) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-0, Fax -4375
www.bmu.de

Biozid-Meldeverordnung beschlossen

Trittin: Besserer Schutz für Umwelt, Verbraucher und Arbeitnehmer

Das Bundeskabinett hat im Februar auf Vorschlag von Bundesumweltminister Jürgen Trittin eine Meldepflicht für Biozid-Produkte beschlossen. Darunter fallen Holzschutzmittel, Desinfektionsmittel, Insektizide, Rattengift sowie Antifoulingfarben für Bootsanstriche. Mit der so genannten "Biozid-Meldeverordnung" soll den Behörden der Länder die Überwachung solcher Produkte erleichtert werden. Der Regelung muss noch der Bundesrat zustimmen.

Nach Meinung von Umweltminister Jürgen Trittin trägt die neue Verordnung dazu bei, "Umwelt, Verbraucher und Arbeitnehmer besser vor gefährlichen Bioziden zu schützen". Die Hersteller sind in Zukunft dazu verpflichtet, alle enthaltenen Wirkstoffe sowohl deklarieren zu lassen als auch nachzuweisen, dass sie geltenden Vorschriften entsprechen. Erst dann ist die Meldepflicht erfüllt. Damit ein Produkt zugelassen wird, bedarf es allerdings noch der Bestätigung der Behörden und der Vergabe von Registriernummern. Eine ähnliche Regelung existiert bereits bei Pflanzenschutzmitteln. (db) ■

• **Weitere Informationen**

PAN Germany, Nernstweg 32, 22765
Hamburg
Tel. 040 / 39-919100, Fax -07520
eMail: info@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Gemüse und Obst können doch vor Krebs schützen

BFEL differenziert Ergebnisse einer europaweiten Studie

Die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL) in Karlsruhe hat dem Deutschen Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam widersprochen. Im Januar hatte das Institut die Ergebnisse der europaweiten EPIC-Studie (European Prospective Investigation into Cancer and Nutrition) bekannt gegeben. Diese lassen den Schluss zu, dass für Brustkrebs der Verzehr von Gemüse und Obst keinen Schutz darstellt. Die BFEL erklärte jedoch, dass die daraus abgeleitete Schlussfolgerung in den Medien, der Ernährung insgesamt und besonders Gemüse und Obst eine Schutzwirkung vor Krebs abzusprechen, nicht zutreffe.

Krebsschutz durch Gemüse und Obst Organ-abhängig

Bereits vor Veröffentlichung der neuen Studie sei deutlich gewesen, dass Gemüse und Obst einen unzureichenden Einfluss auf die Senkung des Brustkrebsrisikos hätten, so die BFEL. Deshalb lieferten die EPIC-Ergebnisse keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse. Die BFEL-Wissenschaftler betonten, dass Schutzeffekte von Lebensmitteln je nach Krebsart unterschiedlich sein könnten. So ist laut EPIC-Studie für Dickdarmkrebs eine hohe Aufnahme Ballaststoff-reicher Lebensmittel mit einem erhöhten Schutz assoziiert. Neben den spezifisch pflanzlichen Inhaltsstoffen mit möglichen Schutzwirkungen geht ein hoher Verzehr von Gemüse und Obst mit einer verringerten Aufnahme von Nahrungsenergie und solchen Lebensmitteln einher, die die Entstehung von Krebs fördern können. Letztendlich beeinflusst das gesamte Ernährungsmuster und nicht allein eine Lebensmittelgruppe das Krebsrisiko. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL), Dr. Bernhard Watzl, Haid-und-Neu-Straße 9, 76131 Karlsruhe
Tel. 0721 / 6625-400
eMail: bernhard.watzl@bfe.uka.de
www.bfa-ernaehrung.de

Umsatz der Bio-Branche stieg um zehn Prozent

Aber zwei Drittel der Kund/innen wollen vor allem billige Lebensmittel

Die Verbraucher/innen in Deutschland lassen sich zunehmend Bioprodukte schmecken. Nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) ist der Umsatz mit ökologisch produzierten Lebensmitteln 2004 um mehr als 10 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro gestiegen. Damit habe die Bio-Branche deutlich stärker zugelegt als die Ernährungsindustrie insgesamt, hieß es Ende Februar auf der BioFach in Nürnberg.

Am gesamten Umsatz der Ernährungsindustrie von 102 Milliarden Euro im vergangenen Jahr hatten Bio-Produkte allerdings nur einen Anteil von etwa drei Prozent. Für die Mehrheit der Verbraucher stehe beim Lebensmittelkauf immer noch Sparsamkeit an erster Stelle. Der Preis sei für fast zwei Drittel wichtiger als die Qualität. Die Bio-Branche profitierte besonders von der Eröffnung neuer Bio-Supermärkte, so der BÖLW. Auch in konventionellen Supermärkten sei das Sortiment erweitert worden. Dort werde etwa ein Drittel der Bio-Lebensmittel verkauft. Geringeres Wachstum gab es bei Reformhäusern, Wochenmärkten und Direktvermarktern.

Der weltweite Bio-Umsatz stieg nach Angaben der Messe 2004 um 6 Prozent auf etwa 26,5 Milliarden Euro. Auf der Bio-Fach präsentierten über 2000 Aussteller aus 70 Ländern ihre Produkte. Zwei Drittel kamen aus dem Ausland, Italien, Spanien und Frankreich waren besonders stark vertreten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

NürnbergMesse, Presse, Messezentrum, 90471 Nürnberg
Tel. 0911 / 8606-8328, Fax -8256
eMail: ellen.rascher@nuernbergmesse.de
www.biofach.de

Förderpreis Ökologischer Landbau vergeben

Öko-Betriebe erschließen neue Wege

Ende Januar hat Bundesverbraucherministerin Renate Künast zum fünften Mal Betriebe mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau ausgezeichnet. Das Preisgeld von insgesamt 25.000 Euro ging an zwei 1. Preisträger und einen 3. Preisträger. Die Auszeichnung bestätigte allen drei Betrieben, dass sie ökologische Landwirtschaft auf höchstem Niveau betreiben und Innovationen hervorgebracht haben, die sich auch gut auf andere landwirtschaftliche Betriebe übertragen lassen. Eine fünfköpfige Jury mit Vertreter/innen aus Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Wissenschaft hatte die Sieger ausgewählt.

Ehrung für Wein- und Gemüseanbau sowie Vermarktung von Ökoware

Den ersten Platz teilen sich das Weingut Rummel aus Rheinland-Pfalz für vorbildliche Leistungen beim Anbau und bei der Beteiligung an der Züchtung pilzwiderstandsfähiger Weinsorten sowie die Gärtnerei Piluweri aus Baden-Württemberg für die besondere züchterische Arbeit im biologisch-dynamischen Erwerbsgemüseanbau. Der dritte Preis ging an das Gut Wuksfelde aus Hamburg für die besonderen Leistungen in der Vermarktung ökologisch erzeugter Lebensmittel. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvvel.bund.de
www.foerderpreisoeekologischerlandbau.de

Verbraucherschutz: Gutachten fordert Verbandsklagerecht

Experten: Rechtsanspruch genügt nicht - bessere Durchsetzung notwendig

Die Autoren des Gutachtens "Verbandsklagerecht in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft" haben vorgeschlagen, kollektive Klagerechte, wie die Muster- und Gruppenklage, einzuführen. Darüber hinaus sprachen sie sich für eine Zusammenfassung bestehender kollektiver Rechtsschutzmöglichkeiten aus. Das Gutachten hatte das Bundesverbraucherministerium in Auftrag gegeben.

Verbraucher/innen erhalten ständig neue Waren- und Dienstleistungsangebote, die ihnen häufig mit Tricks angepriesen werden. Der Einzelne ist nach den Worten von Verbraucherministerin Renate Künast nicht immer in der Lage, diese zu durchschauen und bei Problemen "sein Recht durchzuboxen". Dies gelte sowohl für Bagatellschäden, wie bei zu geringen Füllmengen, als auch für Massen- und Großschäden. Das Gutachten zum Verbandsklagerecht stellte hier zum Teil erhebliche Defizite fest. Künast betonte, Verbraucherschutz bestehe nicht nur darin, Verbraucher/innen gesetzliche Ansprüche zu geben, sondern bedeute auch, für eine effektive Durchsetzung der Verbraucherrechte zu sorgen.

Wenn durch kollektive Rechtsschutzmöglichkeiten unseriöse Praktiken wirksam eingedämmt werden könnten, würden der Wettbewerb sowie leistungsstarke und faire Anbieter profitieren, sagte Künast. Außerdem seien viele der gemachten Vorschläge in anderen EU-Mitgliedstaaten längst geltendes Recht. Deutschland müsse hier im Interesse einer Stärkung des europäischen Binnenmarktes gleichziehen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Lesenswert

Die Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland

Die wesentlichen Teile der EU-Agrarreform sind seit dem 1. Januar 2005 in Kraft. So gilt von nun an ein neues System bei den Direktzahlungen. Mit der Reform wird die Agrarpolitik auf europäischer und nationaler Ebene neu ausgerichtet. Zu dem Thema hat das Bundesverbraucherministerium (BMVEL) eine Broschüre mit dem Titel "Meilensteine der Agrarpolitik" herausgegeben. Die Broschüre enthält eine detaillierte Darstellung aller wichtigen Neuerungen mit dem Schwerpunkt "Direktzahlungen". Der Systemwechsel in der landwirtschaftlichen Förderpolitik ist mit zahlreichen neuen Regeln und Vorschriften verbunden, die Landwirt/innen, landwirtschaftliche Beratungsdienste sowie die Behörden beachten müssen. Die neuen Bestimmungen werden in der Broschüre ausführlich beschrieben und an Hand zahlreicher Beispiele erklärt. (mbu)

Meilensteine der Agrarpolitik; 150 S.; Hrsg./Bezug: BMVEL, www.verbraucherministerium.de, Rubrik Landwirtschaft; Druckexemplare: Fax oder Tel. 01888-108080800; eMail: publikationen@bundesregierung.de

Arbeitshilfe "Kirche, Landwirtschaft und Umwelt"

Das Buch ist das Ergebnis eines von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Projektes, das bei der "Clearingstelle Kirche und Umwelt" in der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Benediktbeuern angesiedelt ist. Die zentrale Botschaft des "Praxisbuches" ist die aktive Unterstützung und Stärkung der (bäuerlichen) Landwirtschaft. Das Zitat im Titel aus dem 1. Buch Mose ("... es soll nicht aufhören Saat und Ernte", Genesis 8,22) soll die Dauerhaftigkeit als wesentliches Merkmal einer nachhaltigen Landwirtschaft verdeutlichen. Die ausführliche Adressenliste der (in der überwiegenden Mehrzahl aus Süddeutschland stammenden) Autor/innen im Buch ist für eine weitere Beschäftigung mit dem Themenfeld "Kirche, Landwirtschaft und Umwelt" sehr hilfreich. Angesprochen werden zahlreiche Themen, die in und für die Landwirtschaft aus Sicht der katholischen und evangelischen Kirchen relevant sind von der grünen Gentechnik über nachwachsende

Rohstoffe bis hin zu den WTO-Verhandlungen. (mbu)

Beatrice van Saan-Klein, Clemens Dirscherl, Markus Vogt: "... es soll nicht aufhören Saat und Ernte" (Gen 8,22). Ein Praxisbuch zum Mehr-Wert nachhaltiger Landwirtschaft, Don Bosco Verlag, München 2004; 168 S., 9,80 EUR; ISBN 3-7698-1453-3

Neuer Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung

Eine neue Broschüre zur Umsetzung der integrierten ländlichen Entwicklung erklärt auf 70 Seiten deren Grundlagen und Methoden. Die Themen umfassen die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten, den Aufbau von Beteiligungsstrukturen oder Fragen der Steuerung und Evaluierung der regionalen Abläufe. Die Broschüre wurde im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe der Länder erarbeitet. Sie basiert auf den Erfahrungen aus dem Modell- und Demonstrationsvorhaben "Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft" sowie LEADER dem EU-Programm und verschiedenen Länderprogrammen. Die Broschüre bietet Orientierung und praktische Hinweise, wie die Menschen vor Ort selbst die ländliche Entwicklung gestalten können. (mbu)

"Ländliche Entwicklung aktiv gestalten - Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung"; Hrsg./Bezug: Publikationsversand der Bundesregierung, PF 481009, 18132 Rostock oder: www.verbraucherministerium.de (Service-Online-Bestellschein); e-Mail: publikationen@bundesregierung.de; Tel. 01888-8080800, Fax -108080800 ■

Energieeffizienz kann noch gesteigert werden

DNR schlägt Verbesserungen für Energieeinsparungsgesetz vor

Der DNR hat im Januar die geplante Novellierung des Energieeinsparungsgesetzes (EnEG) befürwortet, machte aber gleichzeitig Änderungsvorschläge für einzelne Teile der Neufassung. So solle der mögliche Einsatz alternativer Versorgungssysteme bei Neubauten, z.B. durch erneuerbare Energien oder KWK, bereits bei der Planung berücksichtigt werden.

Außerdem müsse das Wirtschaftlichkeitsgebot für Altbausanierungen modifiziert werden. Im Regierungsentwurf heißt es, Anforderungen zur Energieeinsparung seien "wirtschaftlich vertretbar, wenn die erforderlichen Aufwendungen innerhalb der üblichen Nutzungsdauer erwirtschaftet werden können". Aus Sicht des DNR ist es wirtschaftlich zumutbar, "wenn Verhältnismäßigkeit gewahrt wird zwischen dem erzielbaren Beitrag zu Ressourcenschonung, Umwelt- und Klimaschutz und dem wirtschaftlichen Interesse, die Aufwendungen innerhalb der üblichen Nutzungsdauer durch die eintretenden Einsparungen zu erwirtschaften".

Primärenergie sparen heißt Klima schützen

Damit die Gesamtenergieeffizienz tatsächlich einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten kann, müsse der Anteil der Primärenergie am Einsparpotenzial eindeutig im EnEG festgeschrieben werden, fordert der DNR weiter. Denn maßgeblich für den Umweltschutz sei nicht die Einsparung an Endenergie, sondern an Primärenergie. Zur Berechnung des Endenergiebedarfs oder -verbrauchs von Gebäuden müsse daher der Energieverlust addiert werden, der bei der Umwandlung von Primär- in Endenergie entsteht. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Stürme schaden Windrädern kaum

DNR nimmt Kritikern den Wind aus den Segeln

In Folge der Winterstürme in diesem Jahr haben Skeptiker vor dem angeblich unsicheren Windstrom und möglichen Netzausfällen gewarnt. Nach Erkenntnissen des DNR schließen viele kleine Windkraftanlagen und die regionale Verteilung der Sturmspitzen in Verbindung mit modernen Steuerungsmöglichkeiten einen Totalausfall der Windenergie aus. Zwar seien einzelne Windenergieanlagen ebenso wie Großkraftwerke gegenüber extremen Wetterereignissen anfällig, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die Folgen beim Ausfall großer Kraftwerke seien jedoch wesentlich schwerer wiegender.

Als das Sturmtief "Erich" Anfang Januar 2005 zwei Tage lang über Europa zog, schalteten die im Mittelpunkt des Sturms liegenden Windkraftanlagen ab. Wann immer die Sturmböen Orkanstärke erreichten, drehten die Flügel aus dem Wind. Erst nach ein bis drei Stunden liefen die Windmühlen wieder an. Durch intelligente Steuerungstechniken lassen sich nach Auffassung des DNR solche Ausfälle zukünftig weiter reduzieren.

Fast die Hälfte der AKW in Schweden stoppten Produktion

Für andere Energienutzer brachte das Sturmtief ernsthafte Probleme. Fünf der elf schwedischen Atomreaktoren stellten die Produktion ein, nachdem hochgepeitschtes Meerwasser die Stellwerke ausgeschaltet hatte. Damit fehlten im Netz über 4.200 Megawatt Strom. Eine Million Haushalte, vor allem in Südschweden, hatten auch am folgenden Tag keine Energie aus der Steckdose. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Projekt Natur- und umweltverträgliche Windenergienutzung an Land, Walter Feldt, c/o Umwelt Media Consult, Brehmstr. 56, 30173 Hannover
Tel. 0511-854385, Fax -8506388
eMail: walfel@gmx.de

Hohe Atomstrom-Produktion zu Lasten der Sicherheit

Mehr als 100 Störfälle verdeutlichen Risiken der Kernkraft

In den 18 deutschen Atomkraftwerken hat es nach Angaben der Umweltschutzorganisation Robin Wood im vergangenen Jahr 114 meldepflichtige Störfälle gegeben. Die Organisation kritisierte im Februar während des Atomforums Berlin, dass die Betreiber die Produktion von Atomstrom auf Kosten der Sicherheit gesteigert hätten, und forderte den sofortigen Atomausstieg.

Das Argument der Energiekonzerne für den Weiterbetrieb der AKW, ihre Kraftwerke hätten 2004 noch mehr Atomstrom produziert als im Jahr zuvor, sei für die Umwelt ein Desaster, so Robin Wood. Allein schon wegen der Tonnen an Atom- und Meiler produziert haben und für die es kein Endlager gebe. Außerdem verschwiegen die Konzerne, dass die hohe Produktionsleistung auf Kosten der Sicherheit gehe.

Atomlobby wirbt "aus Klimaschutzgründen" für Kernkraft

Die Atomindustrie plädierte hingegen dafür, den von der Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg wieder rückgängig zu machen. Die Nutzung von Atomenergie diene dem Klimaschutz, da sie keinen Kohlendioxid-Ausstoß verursache, so die Begründung der Atomlobby. Ohne Kernkraft würden die Treibhausgasemissionen ebenso steigen wie die Energiepreise. Laut Wuppertal Institut kann Deutschland aber auch ohne AKW seine Klimaschutzziele erreichen. Im vergangenen Jahr rechneten Experten vor, dass ein Viertel des Stroms durch Technik eingespart werden kann. Ein Großteil des deutschen Atomstroms wäre damit ersetzt. Er hat rund 30 Prozent Anteil am hiesigen Strommix. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Robin Wood, Energieexperte Bettina Dannheim, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 380892-21, Fax -14
eMail: energie@robinwood.de
www.robinwood.de

Klimaschutz für die Zeit nach "Kioto"

Ökologen fordern eine drastische Senkung der Treibhausgase nach 2012

Die Umweltverbände haben das Inkrafttreten des Kioto-Protokolls Mitte Februar zum Anlass genommen, Ziele über das Jahr 2012 hinaus zu fordern. In dem Klimaabkommen vereinbarten die rund 140 Unterzeichnerstaaten, bis 2012 die Klimagase um durchschnittlich 5 Prozent zu reduzieren. Dabei stehen zu bleiben, sei das falsche Signal, so die Verbände.

Der BUND forderte, die Industriestaaten müssten ihre Emissionen bis 2050 um 80 Prozent senken. Die Instrumente dafür bräuchten nicht neu entwickelt zu werden. Als geeignete Maßnahmen nannte der Verband mehr Gebäudesanierung, eine Energie-Effizienz-Strategie oder die Weiterentwicklung der Öko-Steuer. Kritik gab es trotz ihrer bisherigen Vorreiterrolle für die Bundesregierung: Es sei nicht akzeptabel, dass diese das nationale Klimaziel von minus 25 Prozent Kohlendioxid bis 2005 aufgegeben habe.

40 Prozent weniger CO₂ in Deutschland machbar

Bundesumweltminister Jürgen Trittin sagte, Deutschland könne bis 2020 eine Reduktionsleistung von 40 Prozent erbringen. Das seien rund 200 Millionen Tonnen CO₂, die bis dahin einzusparen wären. Ein Vorschlag der EU sieht vor, dass die Europäer im Vergleichszeitraum 1990-2020 die Treibhausgase um 30 Prozent reduzieren könnten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Kommunaler Klimaschutz

Studie zeigt am Beispiel München, was möglich ist

Im Februar hat das Öko-Institut eine vom Bundesumweltministerium (BMU) geförderte Studie über den Klimaschutz in München veröffentlicht. Die Stadt beauftragte das Institut, Strategien zu entwickeln, mit denen die CO₂-Emissionen deutlich gesenkt werden können. 1991 hatte sich München mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis verpflichtet, den Kohlendioxid-Ausstoß bis 2005 um 30 und bis 2010 um 50 Prozent (4 Millionen Tonnen) gegenüber 1987 zu senken. Die Bilanzen zeigten jedoch, dass das nicht klappt.

Deshalb untersuchten die Expert/innen des Öko-Instituts die Sanierung der Altbausubstanz, Energieeinsparung im Handel und Gewerbe sowie bei Dienstleistungen. Auch der Einsatz von Biomasse zur städtischen Energieversorgung sowie Energiesparen in städtischen Gebäuden wurden als besonders wichtige Handlungsfelder unter die Lupe genommen.

Wirksamer Klimaschutz auch in Zeiten knapper Kassen möglich

Die Wissenschaftler/innen stellten mit Hilfe dreier Szenarien geeignete Wege zur Reduzierung des Treibhausgases dar. Daraus wurden Handlungsschwerpunkte ausgewählt, die unter den bestehenden zeitlichen und finanziellen Bedingungen sofort umgesetzt werden können. Allein dadurch ist es möglich, bis zum Jahr 2010 bis zu 2,14 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen zu verhindern. Das ist mehr als die Hälfte der Gesamtzielmenge von gut 4 Millionen Tonnen. Die Ergebnisse der Studie sind nach Einschätzung des BMU und des Öko-Instituts auch auf andere Städte und Kommunen übertragbar. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Öko-Institut Freiburg, Christoph Timpe,
Postfach 6226, 79038 Freiburg
Tel. 0761-4529533, Fax -475437
eMail: c.timpe@oeko.de
www.oeko.de

Wettbewerb "Jugend mit unendlicher Energie"

Schüler/innen lernen Klimaschutz in Unternehmen

► Zum zweiten Mal ist im Februar der Wettbewerb "Jugend mit unendlicher Energie - schützt das Klima" gestartet worden. Schüler/innen können gemeinsam mit Unternehmen der Erneuerbaren Energien Projekte zu Sonne, Wasser, Wind, Biomasse oder Geothermie entwickeln. Die besten Werke des diesjährigen Wettbewerbs werden im Oktober vorgestellt und mit einem Pokal und Sachpreisen prämiert.

Die Jugendlichen lernen laut Bundesumweltministerium, das den Wettbewerb veranstaltet, die Bedeutung der Erneuerbaren Energien kennen. Gleichzeitig erhielten sie Einblick in einen wachsenden Arbeitsmarkt. In kaum einer anderen Branche sind in letzter Zeit so viele Jobs entstanden. Derzeit arbeiten gut 120.000 Beschäftigte in diesem Bereich. Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) unterstützt den Wettbewerb. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Zeitbild Verlag GmbH, Frank J. Richter,
Kaiserdamm 20, 14057 Berlin
Tel. 030 / 320019-0, Fax -11
www.zeitbild.de
www.unendliche-energie.de

"Klima-Bündnis-Schule 2005" gesucht

Innovative Energie-Projekte von Schüler/innen werden belohnt

► Das Klima-Bündnis und die Deutsche Post AG haben alle Schulen in Deutschland aufgerufen, sich an dem Wettbewerb "Klima-Bündnis-Schule 2005" zu beteiligen. Die Deutsche Post stellt 25.000 Euro Fördergelder zur Umsetzung ausgewählter neuer Konzepte für erneuerbare Energien und Energieeffizienz bereit.

Ziel ist es, die Anwendung erneuerbarer Energien und Effizienzmaßnahmen in Schulen in Industrie- und Entwicklungsländern zu fördern, Schüler/innen für die globalen Folgen des Klimawandels zu sensibilisieren und für den Klimaschutz zu gewinnen. Die eingereichten Konzepte sollen sich nicht nur mit einer bewussten Energieerzeugung und -nutzung im Norden beschäftigen, sondern auch berücksichtigen, dass die Menschen im Süden stärker unter den Folgen des Klimawandels leiden als diejenigen aus dem Norden, die den Klimawandel hauptsächlich verursachen.

Teilnahmeberechtigt sind alle Schulen in Deutschland. Das Projektkonzept mit Beschreibung, Maßnahmen-, Zeit- und Kostenplan muss schriftlich und auf CD-ROM bis zum 30. April beim Klima-Bündnis eingereicht werden. Die Fördersumme beträgt maximal 7500,- Euro pro ausgewähltes Projekt. Die Förderung wird ausschließlich als Beitrag zur Realisierung des Projektes vergeben. Die offizielle Vorstellung der ausgewählten Projekte wird am "Tag der Umwelt", dem 5. Juni 2005, in Bonn stattfinden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Klima-Bündnis europäischer Städte mit den Völkern des Regenwaldes, Edmund Flößer, Galvanistraße 28, 60486 Frankfurt

Tel. 069 / 717139-23, Fax -93
eMail: e.floesser@klimabuendnis.org
www.klimabuendnis.org

Lesenswert

Gebäude liefern Strom

Das neue BINE-Informationspaket "Photovoltaik - Gebäude liefern Strom" stellt die praxisrelevanten Aspekte für Planung, Montage und Betrieb einer Solaranlage vor. Im Mittelpunkt des Leitfadens stehen netzgekoppelte Anlagen an Gebäuden und die verschiedenen Möglichkeiten der Fasadens- und Gebäudeintegration. Hinweise auf technische Normen und baurechtliche Gesichtspunkte sowie zur ökologischen Bewertung und dem Langzeitverhalten gehören ebenso zum Themenspektrum. Der Autor des Infopakets ist Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) und Vorsitzender des DGS-Fachausschusses Photovoltaik. Als Fachplaner, Autor, Referent und Gutachter verfügt er über langjährige Erfahrung im Bereich der Photovoltaik. Sein Buch ist ein kompakter Ratgeber für alle, die in der Solarbranche aktiv werden wollen. (mbu)

Ralf Haselhuhn: Gebäude liefern Strom, 5. Auflage, TÜV Verlag GmbH, Köln 2005; 155 S. 17,80 EUR zzgl. Versand; ISBN 3-8249-0854-9

Erneuerbare Energien und alternative Kraftstoffe

Das Buch ermöglicht einen guten Einstieg in das Thema Erneuerbare Energien. Alle Träger Erneuerbarer Energien werden erfasst und deren Nutzungstechniken erläutert. Ausführlich beschreibt der Autor Funktion und Gesamtsystem alternativer Kraftstoffe (auch Flüssiggas und Erdgas) sowie Solarenergie, Wärmepumpen und Brennstoffzellen. Bei Windenergie, Wasserkraft und Biomasse verzichtet er jedoch auf die Erläuterung des technischen Prinzips. Statistische Angaben zu Marktentwicklung, Kosten oder Ausbaupotential an sind ebenso aufgeführt wie Förderprogramme oder Energiesparmaßnahmen. (mbu)

Sven Geitmann: Erneuerbare Energien und alternative Kraftstoffe - Mit neuer Energie in die Zukunft; Hydrogeit Verlag, Kremen 2004; 190 S. 19,90 Euro; ISBN: 3-937863-00-1

■

Streit um Gentechnik-Gesetz geht weiter

Umstrittener Teil des Gesetzes wird derzeit beraten

Seit Februar ist das Gentechnik-Gesetz in Kraft und kann möglicherweise in Teilen bald wieder geändert werden. Denn der Bundesrat will Änderungen bei den Haftungsregelungen und zum Standortregister bei Genanbau durchsetzen. Das ist möglich, weil das Gesetz in einen zustimmungspflichtigen und einen zustimmungsfreien Teil gesplittet worden war. Den Teil, der ihre Zustimmung braucht, halten die Unions-geführten und zwei SPD-Länder für gentechnikfeindlich und wollen ihn ablehnen. Strittig ist vor allem die Haftung nach dem Verursacherprinzip. Das heißt, im Fall einer Kontamination haften die Gentechnikbauern für Schäden auf gen-freien Feldern.

Für ein abgeschwächtes Gesetz nimmt der Bundesrat nach Angaben des BUND EU-Strafgelder bis zu 725.000 Euro pro Tag in Kauf. Denn wenn es Änderungen gebe, drohe Deutschland ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und eine hohe Geldstrafe. Das Bundesagrarministerium rechnet nach eigenen Worten nicht mit Strafgeld. Man habe der EU-Kommission gemeldet, dass der erste Teil in Kraft und der zweite Teil in Arbeit sei.

Ohne klare Haftung bleiben Äcker ohne Gentechnik ungeschützt

Der BUND betonte, der Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft sei auf Dauer nur möglich, wenn es klare Haftungsregeln bei der Verunreinigung von gentechnikfreien Feldern gebe. Unverzichtbar bleibe auch das öffentlich zugängliche Standortregister für alle Gentechnikfelder in Deutschland. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net

Genmais in Europäischem Vogelschutzgebiet

NABU wirft Monsanto-Konzern "Tabubruch" vor

Der NABU hat den angekündigten Anbau der gentechnisch veränderten Maissorte Mon810 des Saatgut-Konzerns Monsanto in der Märkischen Schweiz in Brandenburg kritisiert. Die Aussaat von Mon810 soll nach Angaben des Naturschutzbundes in einem Europäischen Vogelschutzgebiet stattfinden. Monsanto wolle in einer Region, die nicht für Maisanbau geeignet ist, einen Tabubruch vornehmen, um die angebliche Harmlosigkeit der genmanipulierten Maissorte zu demonstrieren, vermutet der NABU.

Die 17 Sorten von Mon810 wurden für Spanien und Frankreich konzipiert und benötigen neben umfangreicher Düngung noch zusätzliche Herbizide. Nach Ansicht des NABU wird durch solche Aktionen das Vorsorgeprinzip als Leitlinie des Gentechnikgesetzes missachtet, da bisher keinerlei konkrete rechtliche Bestimmungen zum Schutz ökologisch sensibler Gebiete vor gentechnisch veränderten Pflanzen existierten.

Keine Gen-Saaten ohne Rechtssicherheit

Diese müssen erst noch durch den Bundesrat und auf Landesebene umgesetzt werden. (siehe auch nebenstehenden Text). Bis zu einer eindeutigen rechtlichen Klärung fordert der NABU deshalb ein Verbot von Gen-Aussaaten. Der Bundesrat solle den eingebrachten Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Gentechnikgesetzes nicht weiter blockieren, sondern zügig umsetzen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Referentin für Gentechnik und Naturschutz, Dr. Steffi Ober, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-25, Fax -84
eMail: steffi.ober@nabu.de
www.nabu.de/gentechnik

Lesenswert

Trojanische Saaten. GenManipulierte Nahrung - GenManipulierter Mensch

Jeffrey M. Smith zeigt in seinem Buch, welche Gefahren nachgewiesenermaßen in der Grünen Gentechnik liegen und wie diese seit den ersten Zulassungen aus Sicht des Autors systematisch unter Verchluss gehalten werden. Der Autor beschäftigt sich mit der Anwendung der Gentechnik in den vergangenen 15 Jahren. Viele Beispiele in seiner Publikation kommen aus den USA, weil dort die Entwicklung und Praxis der neuen Technologie am weitesten vorangeschritten ist. Von Sicherheit der Produkte könne dennoch keine Rede sein, so ein Fazit des Buches. Die Publikation schließt mit einem Einkaufsführer von Greenpeace ab. (mbu)

Smith, Jeffrey, M.: Trojanische Saaten, GenManipulierte Nahrung - GenManipulierter Mensch; Riemann Verlag, München 2004; 416 S., 19 Euro; ISBN 3-570-50060-8

■

Lob und Kritik für den Fortschrittsbericht

Nachhaltigkeits-"Ausschuss" legt erstes gemeinsames Papier vor

Der Beirat des Bundestages für Nachhaltigkeit hat im Januar ein gemeinsames Papier zum Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Darin lobte er die "ehrgeizigen und anspruchsvollen Ziele" der Regierung sowie einige Fortschritte wie die Förderung der erneuerbaren Energien. Dann jedoch folgte eine harte Kritik des Beirats. Zielkonflikte und nicht Erreichtes müssten "ehrlischer thematisiert" werden. So fehle eine Analyse "warum die langjährigen Anstrengungen zur Verlagerung des Verkehrs weg von der Straße bisher gescheitert sind", so der Beirat, dem kein regulärer Status als Bundestagsausschuss zuerkannt wurde.

Des Weiteren forderte der Nachhaltigkeitsbeirat einen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze und eine "Generationenbilanz", die Aufschluss über die Wirkungen auf kommende Generationen gibt. Außerdem sollten die Gesetze nach einiger Zeit auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Eine weitere Neuerung soll die Aufnahme der "biologischen Vielfalt" und der "nachhaltigen Finanzpolitik" als Schwerpunkte in die Nachhaltigkeitsstrategie sein. Zudem ist es nach Ansicht des Beirats wichtig, sich mit den Folgen des demografischen Wandels für die Infrastruktur zu befassen. Ansonsten komme es zu Fehlinvestitionen in Straßen, Gebäude sowie Ver- und Entsorgungsstrukturen. (db) ■

• Weitere Informationen

DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeits-check.de

Neues Umweltinformationsgesetz

Zugang zu Umweltinformationen wird erleichtert

Am 14. Februar ist das neue Umweltinformationsgesetz (UIG) in Kraft getreten. Damit hat Deutschland die Umweltinformationsrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft vom Januar 2003 umgesetzt. Bürger/innen haben dadurch leichter Zugang zu Umweltinformationen der öffentlichen Verwaltung. Zu Auskünften verpflichtet sind jetzt auch private Unternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, wie Abfallentsorger, Energie- und Wasserversorger oder die Bahn.

Mit dem Gesetz werden auch die Beantwortungsfristen verkürzt. Grundsätzlich soll die Beantwortung von Anfragen nicht länger als einen Monat dauern. Bei komplexen Fragestellungen dürfen es zwei Monate sein. Für die Auskünfte kann jedoch eine Gebühr von bis zu 500 Euro fällig werden.

Bisher gilt das Gesetz nur auf Bundesebene. Expert/innen fürchten, dass mit Umsetzung des Gesetzes auf Länderebene, die Informationsrechte der Bürger/innen künftig in jedem Bundesland unterschiedlich gestaltet und interpretiert werden. (db) ■

• Weitere Informationen

UfU, Bereich Umweltrecht, Michael Zschiesche, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-42849930, Fax -4200485
eMail: recht@ufu.de
www.ufu.de

Urgewald e.V., Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-68, Fax -33
eMail: regine@urgewald.de
www.urgewald.de

"Nachhaltige Entwicklung" weitgehend unbekannt

Studie zu Begriffen der Umweltpolitik

Eine Ende 2004 im Auftrag der deutschen BP AG durchgeführte Emnid-Umfrage hat ergeben, dass vielen Deutschen Begriffe der Umweltpolitik unklar sind. Demnach sind z. B. der "Emissionshandel", das "Kioto-Protokoll" oder die "Nachhaltige Entwicklung" mehr als der Hälfte der Befragten nicht bekannt.

Nur 26 Prozent der 2.070 Befragten gaben an schon von nachhaltiger Entwicklung gehört zu haben. Davon können 14 Prozent den Begriff nicht erklären. Mehr als ein Drittel sieht darin zukunftsgerichtete, lang anhaltende Wirkungen des Handelns. Dagegen kann fast die Hälfte etwas mit dem Kioto-Protokoll anfangen und ungefähr genauso viele wissen, dass es sich dabei um ein Abkommen zur Reduzierung von Emissionen handelt.

54 Prozent der Befragten sehen Deutschland weltweit als einer der führenden Nationen im Umwelt- und Klimaschutz. Als Grund nennen 58 Prozent das Vorhandensein modernster Technologien im Land sowie mit 54 Prozent das Engagement von Umwelt- und Klimaschutzorganisationen genannt. Der bekannteste Begriff ist die Öko-Steuer, von der 88 Prozent schon etwas gehört haben. Doch nur knapp ein Drittel versteht darunter eine Steuer auf Benzin und Energie oder eine Steuer für den Umweltschutz.

Mit dem Emissionshandel können nur 30 Prozent der Befragten etwas anfangen. Lediglich 14 Prozent wissen jedoch, dass es dabei um den Handel von Unternehmen mit Zertifikaten für die Emissionen geht. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche BP, Ulrich Winkler, Wittener Str. 45, 44789 Bochum
Tel. 0234 / 3152-981, Fax -319
eMail: info@de.bp.com
www.deutschebp.de

Wirtschaft und Politik brauchen andere Ziele

Wer in den "Mainstream" will, vergisst die "Unterwasserökonomie"

Die marktwirtschaftliche Warenökonomie kann mit einem Eisberg verglichen werden. Nur der Teil, der aus dem Wasser herausragt, gilt als Wirtschaft. Er besteht aus Kapital an der Spitze und darunter Lohnarbeit, die durch einen Arbeitsvertrag geregelt ist und charakteristischerweise von männlichen Europäern und US-Amerikanern ausgeführt wird. Dieser Teil der Wirtschaft ist sichtbar, nur er kommt in den Berechnungen des Bruttosozialprodukts vor. Beide Gruppen, Kapitaleigentümer und Lohnabhängige, sind daran interessiert, dass diese sichtbare "Wirtschaft" dauernd wächst.

Unter der Wasseroberfläche gibt es mehrere Schichten von Arbeit und Produktion:

- Arbeit, die man heute zum "informellen Sektor" zählt: (Gelegenheitsjobs, Honorararbeit, Schwarzarbeit, Kinderarbeit, Prostitution, McJobs usw.)
- Subsistenzbauern (Subsistenzwirtschaft: wirtschaften zu rein reproduzierenden, lebenserhaltenden Zwecken), -handwerker, -kleinhändler, die hauptsächlich für ihren eigenen und den lokalen Bedarf, aber nicht für einen externen Markt arbeiten und produzieren.
- Hausfrauen, die ohne Lohn arbeiten.
- Die Mehrzahl aller Arbeitenden in der sogenannten dritten Welt.

Die Schichten der "Unterwasserökonomie"

Die unterste Schicht der "Unterwasserökonomie" ist die Natur, die von den Ökonomen als "freies Gut" bezeichnet wird, und darum ohne irgendwelche Kosten ausgebeutet werden kann. Frauen werden deshalb "naturalisiert", weil man auch ihre Arbeit und Produktion möglichst kostenlos haben will. "Alles, was fürs Kapital gratis sein soll", sagt Claudia von Werlhof¹, "wird zur Natur erklärt."

Alle Schichten der "Unterwasserökonomie" zählen nicht zur sichtbaren "Wirtschaft", sie tragen und ermöglichen sie aber. Auf sie werden alle Kosten abgewälzt, die die Eisbergspitze nicht zu zahlen bereit ist. In

dieser Ökonomie werden Frauen prinzipiell als Hausfrauen definiert.

"Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau"²

In der jetzigen Phase der neoliberalen Globalisierung werden nicht nur Frauen "hausfrausiert", sondern auch Männer. Auch in den Industrieländern können immer weniger Männer darauf zählen, dass sie einen geschützten Vollzeit-Arbeitsplatz in einem "Normalarbeitsverhältnis" finden. Viele müssen Arbeitsverhältnisse akzeptieren, die bisher nur Frauen vorbehalten waren: ungeschützt, nicht reguliert. Das globalisierte Kapital kann es sich erlauben, nicht einmal mehr die Reproduktionskosten der Arbeiterinnen zu zahlen. Sie werden behandelt, als wären sie Hausfrauen, die noch einen "Ernährer" hinter sich hätten, oder wie die Natur, die sich quasi von selbst regeneriert.

Die Strategie der "nachholenden Entwicklung" wird immer absurder

Aus den alten liberalen und linken Analysen folgte in der Regel, dass die angeblich "noch nicht" in den Akkumulationsprozess der Warenökonomie Integrierten - Frauen, Kolonialbewohner, Kleinbauern usw. - "aufsteigen" sollten in die "richtige", sichtbare Ökonomie. Diese Strategie der "nachholenden Entwicklung" wird in der globalisierten Wirtschaft immer unmöglicher. Zumindest, wenn die ganze globale "Unterwasserökonomie" in diese Strategie einbezogen wird. Das Produktions- und Konsummodell der reichen Industrieländer ist schlechterdings nicht verallgemeinerbar für alle Menschen auf dem Planeten. Es werden zwar welche "aufsteigen", auch Frauen und Menschen aus "Entwicklungsländern", aber es werden niemals alle sein können. Die globalisierte Marktökonomie braucht und schafft immer neue Ungleichheiten.

Gleichstellung mit den Männern - aber mit welchen Männern?

Darum ist es notwendig, dass sich etwa die Frauen viel grundsätzlicher fragen: Welche andere Welt, welche Wirtschaft, welche Gesellschaft wollen wir? Was ist möglich auf einem begrenzten Planeten?

Nach dieser Analyse wird schnell klar, dass die bisher propagierte Strategie der Frauenemanzipation eine Sackgasse war

und ist. Denn sie beschränkte sich auf Gleichberechtigung, Gleichstellung mit den Männern. Aber mit welchen Männern? Damit waren doch nicht die Männer in der "Unterwasserökonomie" gemeint, etwa die afrikanischen Subsistenzbauern?

Gleichstellung bedeutet für Frauen "nachholende Entwicklung" innerhalb eines von "männlichen" Leitbildern und Verhaltensmustern geprägten Systems, nicht etwa eine Infragestellung dieses gesamten Systems.

"Nachholende Entwicklung" kann nie für alle funktionieren. Daran ändert sich auch nichts, wenn jetzt auf EU- oder gar Weltenebene der Begriff der "Gleichstellung" durch "Gender Mainstreaming" ersetzt wird. Im Gegenteil, durch die von oben verordnete neue Sprachregelung soll Frauen glauben gemacht werden, dass sie doch noch einen Platz für sich im "Mainstream" finden könnten. Der "Mainstream" ist nun aber einmal die neoliberale globale Warenwirtschaft. Dieser "Mainstream" ist an Frauen vor allem als Billiglohnarbeiterinnen, Ich-AGs, Sexarbeiterinnen usw. interessiert. Der Begriff verhindert auf jeden Fall, dass sich Frauen kritisch mit dieser ganzen Ökonomie auseinandersetzen und nach wirklichen Alternativen suchen.

Grenzen der Natur nicht als Hindernis, sondern als Chance verstehen

Was könnte diese andere Perspektive sein? Ich nenne sie die "Subsistenzperspektive". Sie beinhaltet vor allem ein anderes Ziel des Wirtschaftens, einen anderen Begriff des guten Lebens, nämlich die Herstellung und Wiederherstellung des Lebens, und nicht die Herstellung von Waren und die endlose Akkumulation von Geld und Kapital. Die Subsistenzperspektive versteht die Grenzen, die die Natur, die Zeit, unsere Körperlichkeit darstellen, nicht als Hindernis, sondern als Chance.

Die Subsistenzperspektive lehnt den Wachstumswahn der Industriegesellschaft ab. Das bedeutet nicht eine Rückkehr zu vormodernen Zeiten, zum "Mittelalter". Subsistenz bedeutet vielmehr Vielfalt und Fülle statt Monokultur und Mangel, Kooperation und Gegenseitigkeit statt Konkurrenz und Ellenbogengesellschaft. Erst das ermöglicht Frieden mit der Natur, zwischen den Geschlechtern und Völkern. Subsistenzorientierung bedeutet letztlich die Neugestaltung der ökonomischen, so-

¹ C. v. W., Thesen zum Natur- und Gesellschaftsbegriff; in: Texte zur Erkenntniskrise der Moderne, Wien 1991

² von Werlhof, Claudia: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983

zialen, kulturellen und politischen Verhältnisse.

Menschliche Grundbedürfnisse bestimmen die Prioritäten

Diesem Leitbild und diesen Grundprinzipien folgend, kommen wir zu anderen ökonomischen und sozialen Entwürfen und zu anderen Prioritäten:

- Regionalisierung statt Globalisierung
- Nahrungsproduktion ("Ernährungssouveränität") vor Industrieproduktion
- Überwindung der Spaltung zwischen Produzenten und Verbrauchern
- lokale und regionale Märkte statt globaler "Supermarkt"
- Erhaltung und Wiederherstellung der "Allmende", des Gemeingutes (Beispiel Trinkwasser)

Eine solche Subsistenzperspektive führt nicht nur zu einer anderen Ökonomie, sondern auch zu einer anderen Politik, etwa zu direkten Formen der Demokratie. Sie ist kein Rückzug in eine provinzielle Idylle, sondern die Grundlage für global gerechte, zukunftsfähige Verhältnisse. ■

Gastautorin: Prof. Maria Mies*

● **Weitere Informationen**

Prof. Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln
Tel. 0221-135249, Fax -1391737
eMail: mariamies@aol.com
www.attac.de/feministattac

Ökomeidia-Institut muss schließen

Drastische Kürzungen öffentlicher Bundesmittel

Das Ökomeidia-Institut, das seit seiner Gründung im April 1984 als gemeinnütziger Verein Bildungsarbeit im Natur- und Umweltbereich betreibt, wird wegen drastischer Kürzungen öffentlicher Bundesmittel geschlossen. Eines seiner bekanntesten Projekte ist die ÖKOMEDIA, das Internationale Umweltfilmfestival mit einem speziellen Kinder- und Jugendprogramm, das jährlich in Freiburg stattfindet. Erst im Jahr 2004 ins Leben gerufen wurde ein Filmprojekt zum Thema "Erneuerbare Energien" für Jugendliche in Deutschland. Aber auch international hat sich das Institut engagiert, z. B. durch den Aufbau und die Organisation weiterer Umweltfilmfestivals etwa in Japan, China oder Russland sowie durch die Initiierung einer der ersten Umweltvideotheken in Indien. (db) ■

● **Weitere Informationen**

Ökomeidia Institut für umweltbezogene Medienarbeit, Nussmannstr. 14, 79098 Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 5-109361, Fax -55724
eMail: info@oekomeidia-institut.de
www.oekomeidia-institut.de

* Soziologin, Professur in Köln 1972-93 (Emeritierung), seit 1969 praktisch und theoretisch in der Frauen-, Umwelt- und entwicklungspolitischen Bewegung engagiert

Naturschutz und Klettersport sind vereinbar

NABU und DAV legen "Kletterpapier" vor

Die baden-württembergischen Landesverbände des NABU und der Deutsche Alpenverein (DAV) haben sich auf eine Zusammenarbeit geeinigt. Klettersport und Naturschutz sollten keine Gegensätze mehr sein. Nachdem das Biotopschutzgesetz von 1992 zu Konflikten zwischen Naturschutz- und Kletterverbänden geführt hatte, wollen NABU und DAV nun gemeinsam Lösungen finden.

Die Einigung sieht u. a. vor, dass an besonders wertvollen und sensiblen Felspartien mit Brutplätzen oder gefährdeten Pflanzen auf das Klettern verzichtet werden soll. Eine andere Regel verbietet das Klettern an Felsen nur zur Brutzeit. Die Regelungen werden aber noch nicht überall akzeptiert, wie beispielsweise im oberen Donautal. Dennoch zeigten sich beide Verbände optimistisch und betonten gemeinsame Ziele zu verfolgen. In Zukunft wollen Naturschutzbund und Alpenverein auch Kooperationsprojekte durchführen, wie gemeinsame Aktivitäten der Jugendorganisationen Naju und JDAV, die Einrichtung eines Felslehrpfades oder gemeinsame Exkursionen in Klettergebiete. (db)

• Weitere Informationen

NABU Baden-Württemberg, Landesvorsitzender Stefan Rösler, Tübinger Straße 15, 70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 96672-13, Fax -33
eMail: nabu@nabu-bw.de
www.nabu-bw.de

Landesverband Baden-Württemberg des Deutschen Alpenvereins Bergsport und Kletterverband e. V., Landesvorsitzender Jürgen Christ, Rotebühlstraße 59 a, 70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 61-2430, Fax -57760
eMail: info@alpenverein-bw.de
www.alpenverein-bw.de

Bayerische Forstreform noch vor Jahresende

Expert/innen fordern Nachbesserungen

Die Forstreform in Bayern soll noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Forstexperten bewerteten den Entwurf generell positiv, forderten jedoch bei einer Anhörung im Landtag im Januar Nachbesserungen. So sollten die Funktionen von Wäldern wie der Schutz vor Lawinen und Muren im künftigen Waldgesetz höher als wirtschaftliche Interessen gestellt werden. Ebenfalls müsse weiterhin Geld für Naturschutzaufgaben wie Moorrenaturierung zur Verfügung stehen.

Wald als Wirtschaftsunternehmen

Fast ein Jahr nach der beschlossenen Reform ist der Aufklärungsbedarf immer noch groß. Das wurde bei einem Treffen der Ministerialräte und Parlamentarier im Februar deutlich. Mit Umsetzung der Reform soll die Bewirtschaftung des Waldes durch eine Anstalt des öffentlichen Rechts "Bayerische Staatsforsten" übernommen werden. Das beinhaltet auch, dass die seit 1973 bestehenden 127 Forstdirektionen durch 41 Betriebsforste ersetzt werden. 20 Prozent der amtierenden Förster werden vermutlich ihren Arbeitsplatz verlieren.

Nach Einschätzung des Bund Naturschutz in Bayern wird eine naturnahe Waldbewirtschaftung bald nicht mehr möglich sein. In wenigen Wochen sei die Zahl der Baumfällungen schon um 40 Prozent gestiegen. Das rechtfertige auch nicht die Zunahme der durchschnittlichen Kubikmeter Holz um 23 Prozent auf 400 Hektar innerhalb der letzten 15 Jahre. Außerdem stehe wie auch im letzten Jahr kein Geld für Neuanpflanzungen zur Verfügung.

"Wald Bündnis Bayern" weiter aktiv

Das "Wald Bündnis Bayern", das mit seinem Volksbegehren "Aus Liebe zum Wald" im letzten November nur knapp gescheitert ist (DRB 12.04/01.05, S. 20), will weiter gegen eine Privatisierung kämpfen und Verkäufe von öffentlichem Wald verhindern. Außerdem sei ein "schwarzes Grünbuch" geplant, in dem negative Entwicklungen in der bayerischen Forstpolitik dokumentiert werden sollen. Der Bund Naturschutz in Bayern kritisierte die geplanten Einsparungen beim Schutz des Bergwaldes. Obwohl Forstminister Josef Miller jährlich mindestens drei Millionen Euro für die Schutzwaldsanierung zugesich-

ert habe, seien nun dafür nur noch 1,3 Millionen Euro vorgesehen.

Volksbegehren ist nicht umsonst gewesen

Obwohl das Volksbegehren gescheitert ist, hat es einige Verbesserungen in der Gesetzesvorlage erreichen können. So soll der Passus "Wald vor Wild" Verbissschäden vorbeugen. Außerdem haben Förster in kommunalen Wäldern eine gesetzlich festgelegte Mindestqualifikation zu erfüllen. So genannte Waldbündnisse sollen zudem auf eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes durch die künftigen Betriebsforste achten. (db) ■

• Weitere Informationen

Aktionsbüro des Volksbegehrens "Aus Liebe zum Wald", Joseph-Schlecht-Str. 1b, 85354 Freising
Tel. 08161 / 4945-38, Fax -87
eMail: info@volksbegehren-wald.de
www.volksbegehren-wald.de

Bund Naturschutz in Bayern, Dr.-Johann-Maier-Str. 4, 93049 Regensburg
Tel. 0941 / 29720-0, Fax -30
eMail: info@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

GEO-Tag der Artenvielfalt 2005

Feldforschungsaktion in Berlin, Projekttag und Wettbewerb

Unter dem Motto "Natur in der Stadt" findet am 11. Juni im Berliner Tiergarten die Hauptveranstaltung des 7. GEO-Tages der Artenvielfalt statt. Initiiert vom GEO Magazin, soll dieser Aktionstag das ökologische Bewusstsein wach halten. In Berlin werden rund 100 Flora- und Fauna-Experten mit einer großen Feldforschungsaktion den Teilnehmern die Artenvielfalt in städtischen Parks und Grünanlagen näher bringen.

► Zudem sind interessierte Laien und Fachleute aufgerufen, eigene Projekte am Veranstaltungstag selbst oder in der Woche davor oder danach zu organisieren. Die ersten 100 Projektanmelder erhalten das Bestimmungssset "Artenfülle vor der Haustür". Auf der Internetseite des GEO-Tages sind weitere Informationen und Materialien abrufbar und eine Anmeldung möglich. ●

Schülerwettbewerb zum Thema Artenvielfalt vor der Haustür

► Auch in diesem Jahr schreibt GEO in Kooperation mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH), einen Schülerwettbewerb zum Thema Artenvielfalt aus. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt fördert das Projekt. Aufgabe des Wettbewerbs ist es "ein Stück Natur" vor der eigenen Haustür zu untersuchen und die Ergebnisse anschließend zu dokumentieren. Die besten Arbeiten werden prämiert und die Sieger im Herbst vorgestellt. (db) ■

• Weitere Informationen

DUH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

GEO-Redaktion, Tom Müller, Hamburg
Tel. 040 / 3703-2732, Fax -172732
eMail: mueller.tom@geo.de
www.geo.de/artenvielfalt

Bundesweites Verbot von Bleimunition gefordert

Alarmierende Zahlen: Seeadler sterben an Vergiftungen

Der NABU hat Anfang Februar ein bundesweites Verbot von Bleimunition bei der Jagd gefordert. Anhand wissenschaftlicher Untersuchungen könne belegt werden, dass jährlich viele Seeadler vor allem durch Bleivergiftungen aus Jagdgewehren umkommen. In Brandenburg liege die Zahl schon bei 42 Prozent. Nach Meinung des Verbandes muss sich das Verbot sowohl auf Schrot als auch auf Kugelgeschosse erstrecken, denn internationale Studien hätten erwiesen, dass Seeadler durch das Aufnehmen von Bleiresten der Kugelmunition vergiftet werden.

Lediglich Verwendung von Bleischrot an Gewässern verboten

Noch gibt es keine einheitliche Regelung zum Schutz des gesamten Ökosystems. Nach Ansicht des NABU ist dies aber dringend erforderlich. Nur die Forstverwaltung in Brandenburg leitete nach Bekanntgabe der Untersuchungen ein Verbot für die Verwendung bleihaltiger Munition in die Wege. In einigen anderen Bundesländern sei lediglich die Verwendung von Bleischrot an Gewässern verboten. Der Deutsche Jagdschutz-Verband appellierte an seine Jägerschaft, Innereien und nicht verwertbares Wild zu vergraben und damit einen Beitrag zum Tierschutz zu leisten. Der NABU kritisiert dies, weil er eine massive Kontaminierung des Bodens befürchtet.

Bleifreie Alternativen vorhanden

Ballistischen Untersuchungen zufolge sind bleifreie Alternativen genau so gut für die Jagd geeignet. Damit könnte auf bleihaltige Munition verzichtet werden. Der NABU selbst hat mit der bleifreien Alternative "überzeugende Erfahrungen" in seinen eigenen Jagdbezirken gemacht. (db) ■

• Weitere Informationen

NABU, Jagdexperte Gregor Beyer, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

ZDF-Naturschutzpreis muna 2005

Unterstützung kleiner Naturschutz-Initiativen, Bewerbung bis 31. März

Jedes Jahr zeichnen ZDF und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) mit dem Naturschutzpreis "muna - Mensch und Natur" ehrenamtliche Projekte aus, die zur Erhaltung und Förderung der Natur beitragen sowie Öffentlichkeitsarbeit für den Naturschutz leisten. Initiativen, die die Ideen der Preisträger aufgreifen und umsetzen, werden im Rahmen der Multiplikationsförderung unterstützt. Die DBU stellt dafür jährlich insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung. Davon sollen insbesondere kleine Interessengemeinschaften profitieren, denen zur Umsetzung ihrer Ideen oft die finanziellen Möglichkeiten fehlen.

► In diesem Jahr geht die Förderung an Projekte, die beispielsweise etwas zum Schutz von Amphibien und ihren Lebensräumen sowie den Erhalt holzbewohnender Arten durch die Bewahrung von Altbambeständen beitragen. Aber auch Naturschutzprojekte ehrenamtlicher kirchlicher Initiativen, etwa die Pflege alter Kirchgärten oder die Unterstützung von Arten wie Fledermäusen, Mauerseglern und Turmfalken fallen darunter. Bewerbungen können noch bis zum 31. März eingereicht werden. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Dr. Uwe Fuellhaas, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück
Tel. 0541 / 96339-30, Fax -90
u.fuellhaas@dbu.de
www.dbu.de/muna

Lesenswert

Natur des Jahres 2005

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hat ein Infoblatt "Natur des Jahres 2005" herausgebracht, welches einen Überblick über ökologische, biologische, aber auch kulturhistorische Merkmale der jeweiligen "Naturobjekte" gibt. Vorgestellt werden u. a. der Vogel des Jahres, das Wildtier des Jahres sowie der Baum des Jahres. (db)

Natur des Jahres 2005; Bezug (gegen Zusendung von 1,44 Euro in Briefmarken): Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Meckenheimer Allee 79, 53115 Bonn, eMail: info@sdw.de, www.sdw.de

Zeitschrift "Naturschutzblätter" erscheint wieder

Die Zeitschrift "Naturschutzblätter" erscheint nach mehrjähriger Pause seit Februar wieder, jetzt im Verlag NSB-Naturschutzblätter. Im Mittelpunkt der populärwissenschaftlichen Zeitschrift stehen regionale und überregionale Beiträge sowie Informationen über Forschungsentwicklungen zum Natur- und Umweltschutz, zur Naturkunde sowie zu Umweltpolitik und Ökologie im Alltag. Naturschutzvereine und -verbände können Berichte und Artikel zur Veröffentlichung einsenden. Für die Verbände und ihre Mitglieder gibt es auf Anfrage Sonderkonditionen für ein Abonnement. Der mit dem früheren Herausgeber Volksbund Naturschutz e.V. vereinbarte Schriftentausch läuft über den Verlag NSB weiter. (mb)

NSB-Naturschutzblätter GmbH, Annette Pfeiffer, Berlin, Tel. 030 / 720116-0, Fax -20, eMail: info@naturschutzblaetter.de

BfN-Positionspapier zu gebietsfremden Arten (Neobiota)

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat Anfang des Jahres ein Positionspapier zu gebietsfremden Arten vorgelegt. Mit dem verstärkten globalen Austausch von Waren und Personen werden auch Pflanzen und Tiere über weite Strecken in neue Gebiete gebracht. Zwar habe es diesen Austausch schon früher gegeben und er stelle auch eine Bereicherung für die heimische Tier- und Pflanzenwelt dar, doch verursachten bestimmte Arten wirtschaftliche Schäden oder gefährdeten die Gesundheit, so das BfN. Beispiele hierfür

seien Parasiten in der Land- und Forstwirtschaft oder der Riesen-Bärenklau. Ein weiteres Problem sei die Verdrängung anderer Arten oder die Veränderung ökosystemarer Kreisläufe. Das BfN will mit dem Positionspapier den aktuellen Wissensstand, die Diskussion und Regelungen darstellen sowie Handlungsmöglichkeiten und laufende Aktivitäten aufzeigen. Das soll zur Versachlichung der auch innerhalb des Naturschutzes oft kontrovers geführten Diskussion beitragen. (db)

Gebietsfremde Arten - Positionspapier des Bundesamtes für Naturschutz; Bezug: BfN, FG I 1.2, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, eMail: neobiota@bfn.de, Download (1,1 MB): www.bfn.de/09/skript128.pdf

Agrarreform für Naturschützer

Der Naturschutzbund NABU und der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) haben eine Broschüre über die wichtigsten Inhalte der Agrarreform herausgebracht. Sie wendet sich speziell an Naturschützer und Landschaftspfleger und informiert über Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten für den behördlichen und ehrenamtlichen Naturschutz. Hintergrund ist die am 1. Januar begonnene Agrarreform, die vielfältige Chancen für eine nachhaltige Landbewirtschaftung und die Artenvielfalt bietet. Die Broschüre wurde von Fachleuten der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) erarbeitet und durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) gefördert. (db)

Agrarreform für Naturschützer; Hrsg./Bezug (gegen 7 × 0,55 Euro Briefmarken): DVL, Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach, eMail: bestellung@lpv.de, Download: www.landschaftspflegeverband.de

Steuerung des Flächenverbrauchs durch Naturschutzmaßnahmen

Die Studie "Beitrag naturschutzpolitischer Instrumente zur Steuerung der Flächeninanspruchnahme" ist nun kostenlos im Internet verfügbar. Sie ist im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz (BfN), von Ecologic, Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik, und dem Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) durchgeführt worden. Innerhalb des Gesamtvorhabens "Flächeninanspruchnahme - naturschutzpolitische Strategien, Instrumente und Maßnahmen" sollte geprüft werden, welchen Beitrag der Natur-

schutz zur Reduzierung des Flächenverbrauchs leisten und leisten kann. Dabei wurden Instrumente wie Landschaftsplanung, Schutzgebietsausweisungen, Umweltbeobachtung sowie Strategische Umweltprüfung untersucht. Für die Studie sind Experten der Bau- und Naturschutzverwaltungen sowie der räumlichen Gesamtplanung auf kommunaler, regionaler und Landesebene gebeten worden, die Anwendbarkeit und Wirksamkeit der zu untersuchenden Instrumente zu beurteilen sowie Empfehlungen und Vorschläge zur Verbesserung der Instrumente auszusprechen. Die Studie wird auch in den BfN-Skripten veröffentlicht. (db)

Beitrag naturschutzpolitischer Instrumente zur Steuerung der Flächeninanspruchnahme; Hrsg./Bezug: Ecologic, Pfalzburger Straße 43/44, 10717 Berlin, eMail: info@ecologic.de, Download: www.ecologic.de/download/projekte/900-949/949/949_studie.pdf

"best for bike 2005"

Wettbewerb um die fahrradfreundlichste Entscheidung

► Für den Preis für die fahrradfreundlichste Entscheidung des Jahres kann man sich bis zum 15. März bewerben. Ausgezeichnet werden innovative, kreative Projekte, Maßnahmen und Entscheidungen, die die Attraktivität des Radfahrens in Freizeit und Alltag erhöhen. Voraussetzung ist, dass die Umsetzung des Projekts bereits begonnen hat.

Eine Jury wählt aus den Bewerbungen fünf Projekte aus, unter denen die mit 5.000 Euro dotierte fahrradfreundlichste Entscheidung gekürt wird. "best for bike" ist ein Gemeinschaftsprojekt des Bundesverkehrsministeriums, der AG "Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW" und dem Zweirad-Industrieverband zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans. (mbu) ■

• Weitere Informationen

"best for bike", c/o P3 Agentur für Kommunikation und Mobilität, Breite Straße 161-167, 50667 Köln
Tel. 0221 / 20894-15
eMail: n.schlaeger@p3-agentur.de
www.p3-agentur.de

Kompromiss bei der Förderung für Rußfilter

Steuerrabatt für saubere Diesel-Autos

Umweltfreundliche Dieselfahrzeuge sollen ab 2006 mit 350 Euro steuerlich begünstigt werden, für eine Nachrüstung mit dem Filter gibt es einen Steuernachlass von 250 Euro. Darauf haben sich Bundesfinanzminister Eichel und Umweltminister Trittin mit Bundeskanzler Schröder geeinigt. Das Gesetz soll zwar erst 2006 in Kraft treten, aber wer schon dieses Jahr einen Rußfilter kauft, bekommt trotzdem den Rabatt.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) unterstützt die steuerliche Förderung, fordert aber, auch rückwirkend alle sauberen Dieselaautos zu fördern. Sonst würden Vorreiter bestraft, die bereits saubere Technik gekauft haben, so der Verband. Die Fördersumme von 350 Euro für neue Dieselaautos falle deutlich geringer aus als zunächst in Aussicht gestellt. Sie entspreche jedoch - zumindest bei kleinen Wagen in der Massenproduktion - ungefähr den entstehenden Mehrkosten. Bei der Nachrüstung von Altfahrzeugen mit anspruchsvoller Filtertechnik sei der vorgesehene Betrag von 250 Euro jedoch viel zu gering angesetzt, so der VCD.

Weitere Senkung der Rußbelastung

Der BUND kritisierte die Einigung auf die spätere und geringere Förderung von Dieselauroßfiltern. Der Umweltverband forderte außerdem weitere Maßnahmen zur Emissionsreduzierung bei Lkw, Bussen, Dieselloks und Baumaschinen. Nur bei konsequenter Absenkung des Rußpartikelausstoßes aller Dieselmotoren könne der seit Anfang des Jahres EU-weit gültige Feinstaubgrenzwert von 40 Mikrogramm Staub pro Kubikmeter Luft im Jahresdurchschnitt eingehalten werden.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der BUND kündigten Klagen gegen die Kommunen an, die keine ausreichenden Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaubbelastung einleiten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Grüne Verkehrspolitik setzt jetzt auf "grüne Autos"

Kritiker/innen: Grüne geben Umweltverbund auf

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat Anfang Februar einen Maßnahmenkatalog "Green" Car Paper zur Zukunft des Autos verabschiedet. Zur Begründung hieß es, es müssten "ökoefizientere Alternativen" entwickelt werden, da heutige Autos nicht nachhaltig seien. In den Vorschlägen zum "grünen Auto" geht es um die Frage, wie "der Autoverkehr umweltfreundlicher zu gestalten" sei. Das Papier versteht sich als ein Beitrag zur Strategie "Weg vom Öl".

Neben der Weiterentwicklung herkömmlicher Motoren und Autobauweisen forderten die Verkehrsexperten der Grünen den Einsatz von Kraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen. "Das Auto der Zukunft fährt solar" - so die programmatische Formulierung. Es müsse erreicht werden, dass es gesellschaftlich nicht mehr anerkannt ist, "Stinker" zu fahren, so der verkehrspolitische Sprecher Albert Schmidt. Mit den Maßnahmen wollen die Grünen den Kohlendioxid-Ausstoß des Pkw-Verkehrs bis 2020 um die Hälfte reduzieren. Umweltverbände sehen in dem "Green Car Paper" hingegen das Ende der bisherigen grünen Verkehrspolitik, die sich vor allem mit öffentlichen Verkehrsmitteln beschäftigte. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Verkehrsexperte Albert Schmidt, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227567-89, Fax -52
eMail: albert.schmidt@bundestag.de
www.gruene-fraktion.de/cms/verkehr_bau/dok/57/57235.htm

Widerstand gegen Ausbau des Flughafens Hahn wächst

Baustopp nach Klage des BUND

Im Hunsrück hat der Protest gegen den Ausbau des Flughafens Hahn für den Schwerfrachtverkehr einen ersten Erfolg gebracht. Mitte Januar gab das Oberverwaltungsgericht Koblenz einem Antrag des BUND Rheinland-Pfalz statt. Der Umweltverband klagte damit erfolgreich den Stopp der Durchführung des Planfeststellungsbescheides ein. Die Flughafenbetreiber hatten die Rodungsarbeiten bereits kurz vor dem Gerichtsentscheid wieder eingestellt.

Der BUND freute sich über das Verhalten der Flughafenleitung, die bis dahin den Widerstand der Flughafengegner als "zu vernachlässigendes Konfliktpotential" bezeichnet hatte. Seit 1994 setzt sich die "Bürgerinitiative gegen den Nachtflughafen Hahn" unter anderem für begrenzten Flugverkehr in der Region ein. Bundesweite Bedeutung erlangte Hahn durch den Billigflieger-Boom, als der Branchenvorreiter Ryanair von dort startete. Im vergangenen Frühjahr übergab die Bürgerinitiative dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck 3.000 Unterschriften gegen den Ausbau und für ein Nachtflugverbot.

Auch der BUND-Landesverband lehnt die Flughafenerweiterung ab und kritisierte die Begründung der Betreiber, der Flugverkehr wachse eben. "Als täte der das von ganz allein", so der BUND, "und noch schlimmer - als wäre das mit allen Folgen für Klima, Natur, Luft und lärmgeplagte Menschen im öffentlichen Interesse". (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND Rheinland-Pfalz, Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
eMail: info@bund-rlp.de
www.bund-rlp.de

Bl gegen den Nachtflughafen Hahn, Johann-Philipp-Reis-Str. 13, 55469 Simmern
eMail: hahn@fluglaerm.de
www.fluglaerm.de/hahn

Wachsender Flugverkehr gefährdet Klimaschutzziele

Kioto-Protokoll in Kraft: Bis 2012 fünf Prozent weniger Treibhausgase

Seit dem 16. Februar ist das Kioto-Protokoll in Kraft. Das Klimaabkommen von mehr als 140 Staaten soll dafür sorgen, dass bis 2012 der Ausstoß an Treibhausgasen um 5,2 Prozent gesenkt wird. Zu den Treibhausgasen gehört neben Lachgas und Methan vor allem Kohlendioxid (CO₂).

Umweltverbände: Flugzeuge sind Klimakiller Nummer 1

CO₂ entsteht u. a. bei der Verbrennung von Kerosin und bleibt etwa 100 Jahre in der Atmosphäre. Dadurch kann das Klimagas sich über den gesamten Globus verteilen und treibt die globale Erwärmung weltweit an. Aus diesem Grund forderten die deutschen Umwelt- und Verkehrsverbände Mitte Februar die EU-Kommission auf, mit dem Klimaschutz beim Flugverkehr ernst zu machen.

Der VCD betonte, dass das Mobilitätsverhalten von fünf Prozent der Weltbevölkerung vor allem Menschen in Entwicklungsländern schade. Germanwatch forderte, das Verkehrsmittel mit der schlechtesten Klimabilanz dürfe nicht weiter von internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz ausgenommen bleiben. Der BUND schlug vor, eine flugstreckenbezogene Emissionsabgabe einzuführen oder den Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Robin Wood appellierte an die Bundesregierung, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und eine Kerosinsteuer auf Inlandsflüge einzuführen. Außerdem solle Deutschland bilaterale Abkommen mit anderen fortschrittlichen Ländern schließen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Luftverkehrsexperte Helmar Pless, Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-20, Fax -10
eMail: helmar.pless@vcd.org
www.vcd.org

BUND, Luftverkehrsexperte Dr. Werner Reh, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf
Tel. 0211 / 302005-16, Fax -26
eMail: werner.reh@bund-nrw.org
www.bund-nrw.de

Wandertourismus: Starkes Wachstum vorhergesagt

Wanderverband vergibt Nachhaltigkeits-Gütesiegel

Anfang Februar hat der Deutsche Wanderverband bei der Alternativtourismus-Messe Reisepavillon in Hannover seine Aktivitäten zur Förderung eines nachhaltigen Wandertourismus vorgestellt. Nach Angaben des Verbands wird Wandern von Zukunftsforschern als Megatrend der nächsten Jahre gesehen. Der Verband will sich dafür einsetzen, dass Qualität mit Sozial- und Umweltverträglichkeit einher geht - also die Belange der Wanderer, der Menschen in der Region und des Naturschutzes berücksichtigt werden.

Das Projekt "Wanderbares Deutschland" lieferte Erkenntnisse über die Bedürfnisse der Wanderer und die Situation des Wandertourismus. Diese Erkenntnisse sollen nun in der "Qualitätsoffensive Wandern" genutzt werden, um die Infrastruktur für Wanderer weiter zu verbessern. Der Wanderverband vergab 2004 erstmals das Gütesiegel "Qualitätsweg Wanderbares Deutschland". Die Träger verpflichten sich, Nachhaltigkeit in der Wanderregion zu gewährleisten.

Kooperation mit allen Beteiligten

Zum Konzept der Qualitätsoffensive gehört auch die Schulung von Wege-Experten aus den Regionen, um das Wissen über qualitativ hochwertige Wanderangebote vor Ort zu stärken. Durch den Qualitätsprozess sollen Gespräche unter den Verantwortlichen des Wandertourismus angeregt werden. Das sind Forstverwaltungen, Vertreter von Großschutzgebieten, Naturschutzbeauftragte, Tourismusvertreter aber auch Landeigentümer, Wandervereine und Gemeinden. Damit der Naturschutz einbezogen wird, hat der Wanderverband eine Kooperation mit dem Verband Deutscher Naturparke vereinbart. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Wanderverband, Ingo Seifert-Rösing, Wilhelmshöher Allee 157-159, 34121 Kassel
Tel. 0561 / 93873-14
eMail: seifert-roesing@t-online.de
www.wanderverband.de

Sanfte Ferien-Angebote im Internet

forum anders reisen ab sofort online

Seit März können Kund/innen ihren Urlaub beim forum anders reisen im Internet buchen. Das Forum, zu dem über 100 deutsche Reiseveranstalter gehören, steht für nachhaltigen Tourismus. Das heißt, bei den Angeboten werden soziale und ökologische Belange berücksichtigt.

So gibt es für Anders-Reisende die Möglichkeit, in landestypischen Unterkünften zu übernachten, um Einblick in die Alltagskultur des Landes zu bekommen und Kontakt zu Einheimischen knüpfen zu können. Abseits des Massentourismus sollen sich Mensch und Natur begegnen. Der schonende Umgang mit der Umwelt und ihren Ressourcen ist programmatisch für das forum anders reisen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

forum anders reisen, Rolf Pfeifer, Postfach 50 02 06, 79028 Freiburg
Tel. 0761-137768-88, Fax -89
eMail: info@forumandersreisen.de
www.forumandersreisen.de

Lesenswert

Umfassende Informationen über Radurlaub in Deutschland

Auf der Homepage "Deutschland per Rad entdecken" informieren der Fahrradclub ADFC und die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) über Deutschlands schönste Radrouten und Regionen. Die Seite hat seit ihrem Start hohe Zugriffszahlen: Allein zwischen Januar und August 2004 klickten sich über 520.000 Interessierte durch die Seiten. Vor allem ausländische Besucher/innen informieren sich auf den englischsprachigen Seiten über Radurlaub in Deutschland. Nach Meinung der Betreiber zeigt dies klar die Bedeutung des Radurlaubs für den Deutschland-Tourismus". Neben dem Online-Angebot bietet der ADFC die Broschüre "Deutschland per Rad" an. (vl)

www.deutschland-tourismus.de/radfahren

ADFC: "Deutschland per Rad entdecken", 5,- Euro Versandkostenpauschale; Bezug: ADFC, Stichwort "Deutschland per Rad", Postfach 10 77 47, 28077 Bremen, Fax 0421 / 3462932, www.adfc.de; Kostenlose Mitnahme in den ADFC-Geschäftsstellen und vielen Fahrradläden

■

Konflikt um das Hochwasserschutzgesetz

Bundesländer gegen Baustopp in Überschwemmungsgebieten

Als Reaktion auf die Elbeflut 2002 hat der Bundestag im vergangenen Sommer ein Gesetz zum Hochwasserschutz beschlossen. Dieses sieht vor, den Bau neuer Siedlungen sowie die landwirtschaftliche Nutzung in Überschwemmungs- und Abflussgebieten zu verbieten. Rheinland-Pfalz lehnt wie auch die Unions-geführten Bundesländer den Regierungsentwurf ab. Mit einer Zustimmung Brandenburgs wird nach einem Kompromiss in der Agrarfrage gerechnet.

Der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat erzielte im Februar keine Einigung. Der BUND wirft den blockierenden Ländern vor, die Standards beim Hochwasserschutz senken zu wollen. Obwohl die Milliarden Euro teuren Schäden der Flut 2002 noch nicht beseitigt sind, stünden die kurzfristigen Interessen erneut im Vordergrund. Vor allem Rheinland-Pfalz müsse aus den Hochwassern an Rhein, Elbe und Oder lernen und ökologische Hochwasserschutzmaßnahmen in den politischen Mittelpunkt stellen, forderte der Umweltverband. (db) ■

• Weitere Informationen

BUND, Wasserexperte Sebastian Schönauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 06094 / 9840-22, Fax -23
eMail:
sebastian.schoenauer@bund.net
www.bund.net

EU-Grundwasserrichtlinie ohne europaweite Standards?

Umweltverbände warnen vor Verschlechterungen

Im März beginnen im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel die abschließenden Beratungen zur Grundwasser-Richtlinie. Diese so genannte Tochterrichtlinie zur EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) soll Kriterien zur Beurteilung des chemischen Zustands sowie Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers festlegen.

Michael Bender, Koordinator des DNR-Gesprächskreises Wasser, kritisierte, der inhaltlich schwache Entwurf der EU-Kommission vom Herbst 2003 sowie verschiedene Anträge vor allem aus dem Agrarausschuss ließen die Umweltverbände befürchten, dass für den Grundwasserschutz ein wenig anspruchsvolles Niveau festgelegt wird. Es könne sogar zu Verschlechterungen bzw. zu langen Verzögerungen kommen. Zudem könnten Altlasten völlig unter den Tisch fallen, so Bender.

DNR-Position zum Schutz des Grundwassers

Neben den knapp 300 Änderungsanträgen der EU-Parlamentarier/innen liegt auch eine DNR-Position vor, die maßgeblich von der Grünen Liga und dem BUND erarbeitet worden ist. Darin werden u. a. EU-weite Maßnahmen zur Vermeidung von Einträgen gefährlicher Stoffe gefordert. Strenge EU-weite Grenzwerte für Schadstoffe sollen außerdem den Vorsorgeansatz begleiten. Für Stoffe, deren Eintrag gänzlich vermieden werden soll, müsse die Bestimmungsgrenze als Grenzwert angesetzt werden. Außerdem sollen bislang unbelastete Grundwasservorkommen gesondert ausgewiesen und der Schutz des Ökosystems Grundwasser als klares Ziel formuliert werden. (db) ■

• Weitere Informationen

DNR-Gesprächskreis Wasser, Michael Bender, Tobias Schäfer, Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44339144, -33
eMail: wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

Zusammenstellung wichtiger Dokumente zur Grundwasserrichtlinie zum
Download: www.wrrl-info.de/
Grundwasser

FÖJ teilweise auch statt Zivildienst möglich

Freiwilliges Ökologisches Jahr 2005/2006: Bewerbungsfrist läuft

Anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die sich im Natur- und Umweltschutz engagieren wollen, können statt des Zivildienstes ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) leisten. Darauf hat die Stiftung Naturschutz Berlin hingewiesen. Voraussetzung für die Einrichtung von FÖJ-Stellen als Ersatz für den Zivildienst ist die Entscheidung der Träger in den Bundesländern.

Während des Jahres sind die Teilnehmer im Natur- und Umweltschutz aktiv. Die Einsatzstellen reichen von der Arbeit in Naturschutzstationen, Waldschulen und Umweltbehörden bis zum Einsatz auf Öko-Bauernhöfen, in der Öffentlichkeitsarbeit oder im technischen Umweltschutz.

Für die Arbeit wird eine finanzielle Unterstützung von ca. 355 Euro im Monat gezahlt, die Teilnehmer sind sozial- und krankenversichert und beim Bundesamt für den Zivildienst als FÖJ-ler gemeldet. Das FÖJ wird durch mehrere Seminare und Workshops ergänzt und bietet außerdem einen ersten Einstieg ins Berufsleben. Beginn des FÖJ ist stets der 1. September. (db)

• Weitere Informationen

Stiftung Naturschutz Berlin, FÖJ, Potsdamer Str. 68, 10785 Berlin
Tel. 030 / 26394140
eMail: foiej@stiftung-naturschutz.de
www.stiftung-naturschutz.de

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).
► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

März

16.3., Oberhausen

Gefährliche Stoffe, neue Parameter

Fachtagung; Emscher Genossenschaft, Frank Mertel
Tel. 0201 / 1042-396, Fax -692
frank.mertel@eglv.de
www.emscher-genossenschaft.de/index_frs.html

17.3., Osnabrück

prozessorientiert - nachhaltig - exzellent, Innovative Ansätze einer nachhaltigen Unternehmensführung

Tagung; future e.V., Dr. Udo Westermann
Tel. 0251 / 973163-4, Fax -5
westermann@future-ev.de
www.sustainable-benchmarking.de/home.html

17.3., Wuppertal

Ressourceneffizienz - Neue Chancen für nachhaltiges Wirtschaften in Stadt und Region: Konzepte, Strategien, Beispiele

Umweltkongress; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Maïke Bunse
Tel. 0202 / 2492-149, Fax -250
maïke.bunse@wupperinst.org
www.wupperinst.org/umweltkongress

17.3., Freiburg i. Br.

3. Regionaler Wassertag: "Bürgerbeteiligung in der Wasserwirtschaft"

regioWASSER e.V., Nik Geiler, Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 4568715-3, Fax -4
post@regiowasser.de
www.regiowasser.de

18.-20.3., Hannover

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

22.3., Schrobenhausen (Bayern)

Dezentrale Siedlungswasserwirtschaft

Fachseminar; Bund Naturschutz Bildungswerk
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

April

4.-7.4., Berlin/Potsdam

Nachhaltige Entwicklung und Lokale Agenda 21 in Deutschland und Polen

Workshop; Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Inka Thuncke
Tel. 0331-2800786, Fax -292092
thuncke@boell-brandenburg.de
www.boell-brandenburg.de

8./9.4., Berlin

Kollektive Entscheidungsfindung für globale Zukunftsfähigkeit

Tagung; Werkstatt für Zukunfts-Forschung und -Gestaltung (WZFG), Berlin
Tel. 030 / 94-063845, Fax -94161
kontakt@zukunfts-werkstatt.org
www.zukunfts-werkstatt.org

8.-10.4., Feuchtwangen (Mittelfranken)

2. Bundestreffen der Regionalbewegung

Tag der Regionen, Gisela Endt
Tel. 09852-1381, Fax -615291
bund-sued@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

9.-16.4., bundesweit

Aktionswoche für Globale Gerechtigkeit

Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne, Antje Schultheis
Tel. 0228-3681010, Fax -92399356
info@gerechtigkeit-jetzt.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de

14./15.4., Landau (Rheinland-Pfalz)
Grundwasser - Lebensraum, Ressource, Schutzgut

Tagung; FutureCamp GmbH, Dr. Peter Rumm, München
 Tel. 089 / 68008-451, Fax -333
 peter.rumm@future-camp.de
 www.future-camp.de/grundwasser

14.-17.4., Berlin
Internationaler Jugendkongress Eco'n'action

BUNDjugend, Berlin
 Tel. 030 / 275865-85, Fax -5
 econauten@econautix.de
 www.eco-n-action.de

14./15.4., Berlin
Lokale Agenda 21: Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten

Fachtagung; Hochschule Magdeburg-Stendal, Sozial- und Gesundheitswesen, Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung
 Tel. 0391 / 88647-13, Fax -36
 eberhard.goepel@sgw.hs-magdeburg.de
 www.difu.de/seminare/
 05gesundheitsundumwelt.programm.pdf

15./16.4., Tutzing bei München
Ökosteuer wohin? - Ökologische Finanzreform und Emissionshandel
 FÖS-Konferenz; Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS)
 Tel. 089 / 5201131-3, Fax -4
 foes@foes.de
 www.foes.de

15.4., Neumünster
Fünf Jahre Ökologische Steuerreform - Erfahrungen und zukünftige Perspektiven

Seminar; Akademie für Natur und Umwelt
 Tel. 04321 / 9071-44, Fax -32
 anmeldung@umweltakademie-sh.de
 www.umweltakademie-sh.de

20.-22.4., Magdeburg
Deutscher Fundraisingkongress 2005
 Workshops, Seminare; Kongressbüro neues handeln GmbH, Petra Greitschus
 Tel. 0221 / 16082-15, Fax -24
 fundraisingkongress@neueshandeln.de
 www.fundraisingkongress.de

22.4., Berlin
Das Jagdrecht: Reformbedürftig oder bewährt?

Tagung; Forschungszentrum Umweltrecht (FZU) an der Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Elke Ditscherlein

Tel. 030 / 20933-332, Fax -438
 elke.ditscherlein@rewi.hu-berlin.de
 www.rewi.hu-berlin.de/FZU

22./23.4., Mitwitz
Regionen voller Energie: Energieversorgung aus Land- und Forstwirtschaft

Ökologische Bildungsstätte Oberfranken
 Tel. 09266-8252, Fax -6442
 info@oekologische-bildungsstaette.de
 www.bn-bildungswerk.de

27.-29.4., Leipzig
Ökologische Bewertung der Gewässer gemäß Wasserrahmenrichtlinie

Abschlussstagung; Koordination Biologische Bewertung (kobio)
 Tel. 0201 / 856348-0, Fax -2
 info@kobio.de
 www.uni-essen.de/kobio/anmeldung.htm

28./29.4., Gelsenkirchen
Bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien

Wissenschaftsladen Bonn, Theo Bühler, Projektleitung
 Tel. 0228 / 2-016125, Fax -65287
 theo.buehler@wilabonn.de
 www.jobmesse-EE.de

29./30.4., Heidelberg
Die Gartenkunst ist tot - Es lebe die Gartenkunst

Tagung; Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) und Gartenakademie Baden-Württemberg, Matthias Gehrcke
 Tel. 030 / 278715-13, Fax -55
 info@bdla.de
 www.bdla.de

29.4.-1.5., Freiburg/Br.
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf- Institut, Karl-H. Meyer
 Tel. 07673 / 8878-86, Fax -28
 meyer@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

Mai

5.-7.5., Bremen
15. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress: "Nachhaltige Stadtverkehrsziele mit EU-Hilfe"

BUND Bremen, UMKEHR e. V., Berlin
 Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
 info@umkehr.de
 www.umkehr.de, www.buvko.de

5.-8.5., Arendsee (Sachsen-Anhalt)
Wachsender Reichtum, wachsende Armut - Auf der Suche nach einem zukunftsfähigen Lebensstil

Tagung; Versöhnungsbund, Minden
 Tel. 0571-850875, Fax -8292387
 vb@versoehnungsbund.de
 www.versoehnungsbund.de

18.-20.5., Berlin
Umweltbildung - Erneuerbare Energien für Kinder und Jugendliche

Internat. Workshop; Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Meike Rathgeber
 Tel. 030 / 428-49933, Fax -00485
 meike.rathgeber@ufu.de
 www.ufu.de

Juni

2.-5.6., ab Bamberg
Exkursion zu Ökosiedlungen
 Seminar; Institut für Baubiologie Oekologie Neubeuern (IBN)
 Tel. 08035-2039, Fax -8164
 institut@baubiologie.de
 www.baubiologie.de

3.-5.6., Hamburg
McPlanet.com 2.0 - Konsum, Globalisierung, Umwelt
 Kongress; Attac, Frankfurt a. M.
 Tel. 069 / 900281-10, Fax -99
 info@attac.de
 www.mcplanet.com

3.6., Freiburg i. Br.
Energiepolitik der Zukunft - und die Schatten der Vergangenheit
 Öko-Institut Freiburg, Romy Klupsch
 Tel. 0761-452 95-0, Fax -475437
 eMail: event@oeko.de
 www.oeko.de/jahrestagung

17.-19.6., Schwarzwald
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
 Tel. 07764 / 933999
 meyer@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

19.6., bundesweit
Mobil ohne Auto (MoA)
 UMKEHR e. V.
 Tel. 030 / 49274-73, Fax -72
 info@umkehr.de
 www.mobilohneauto.de

21.6., bundesweit

Autofreier Hochschultag

Aktionstag; Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ), Berlin
Tel. 030 / 20931-749, Fax -649
geschaeftsstelle@bsoe.info
www.mobilohneauto.de

Juli

17.7., Otterndorf/Grünstrand

2. Internationaler Elbe-Badetag

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Ines Wittig,
Projektbüro Köthen (Sachsen-Anhalt)
Tel. 03496 / 21000-9, Fax -8
lebendigeelbe@duh.de
www.elbebadetag.de

21.-24.7., Erfurt

1. Sozialforum in Deutschland

Workshops, Seminare; Initiative für ein Sozialforum in Deutschland c/o Friedens- und Zukunftswerkstatt., Hugo Braun, Frankfurt/Main
Tel. 069 / 2424995-0, Fax -1
info@sozialforum2005.de
www.sozialforum2005.de

23.-31.7., Barby (Sachsen-Anhalt)

Internationales Elbe-Saale-Camp

Maria Nitschke, Ökozentrum und -institut Magdeburg (ÖZIM)
Tel. 0391 / 73-627981, Fax -15982
camp2005@elbe-saale-buendnis.net
www.netzwerk-flusslandschaften.de

September

22.-25.9., Augsburg

Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.renexpo.de

23.-25.9., Schwarzwald

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

Oktober

2.10., Feuchtwangen (Mittelfranken)

Tag der Regionen

Aktionsbündnis "Tag der Regionen", Gisela Endt, Koordinationsbüro Süd
Tel. 09852-1381, Fax -615291
bund-sued@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

21.-24.10., Augsburg

IHE Holzenergie 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.holz-energie.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)

EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.energetage.com

21.-24.10., Augsburg

IHE Holzenergie 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.holz-energie.de

28.-30.10., Hannover

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

November

18.-20.11., Berlin

Moderner Lehm- und Ziegelbau 2005

Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass
Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9
info@lehmbauforum.com
www.lehmbauforum.com
(db) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

► Für Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo ("TV + Radio")

1. Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt
("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 14.00-15.00), Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Friedemann Grün

letzter Mi im Monat 20.00-22.00, Radio freeFM Ulm 102,6 (Freies Radio)
www.friedemanngruen.de

Graslöwen Radio

So 12.00-13.00, Radijojol, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet: (mit FlashPlugin 6): www.radijojol.de/projekte.html

2. Fernsehsendungen

Terra Nova

Neuer Spartenkanal für Naturfilme (Ablösung für Musikkkanal Onyx)
Sendungen: "Green Planet", "TierWelten", "Nature & Science" u.a.
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben
So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umwelt- und Wissenschaftsmagazin
Mi zweiwöchentlich, 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR)
www.hr-online.de/servicenatur

Arte Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von Bäumen und Menschen)
www.arte-tv.com/emission/emission.jsp?node=-1801

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 11.10-11.35, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)
www.tivi.de/loewenzahn
(mb, ab) ■

TV-Vorschau Natur und Umwelt

"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps"

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung:
www.bio.de/gruenerkanal.php4

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:
www.prisma-online.de/tv/suche.html
(mb) ■

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

Übersicht: 40 kostenlose Newsletter

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner" Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher Dienste ist im Internet zugänglich. (mb)
www.dnr.de/umweltinfo
■

Umwelt-Diskussionsforen im Internet

"Grünes Forum": 13 Themenkomplexe und 16 Bundesländer zur Auswahl

► Das "Grüne Forum" ist eine ökologische Diskussionsplattform im Internet. In dem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltthemen ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, EÖnergie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) und nach Bundesländern.
(mb)

www.gruenes-forum.net
■

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drj ("Bisherige Ausgaben").

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbändedienst www.ngo-online.de.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drj

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur
www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzing

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail
- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

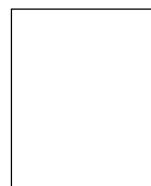
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)
- Zahlung per Bankeinzug**
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin